Nr. 19. Halle a. S., Donnerstag den 23. Januar 1908. 19. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. zustimmen, frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.66 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bestellbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die tägige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Die Wahlrechtsinterpellation im Reichstage.

Berlin, 21. Januar 1908.

Mit ungeheurer Spannung werden hier die Entscheidungen des morgigen Tages erwartet. Ueber die voraussichtliche Haltung der Regierung, der Parteien, über etwa zu erwartende Ereignisse vor dem Hause und in der Stadt schwirrt ein Schwarm von Gerüchten auf.

Der Tag meldet:

Wie wir erfahren, wird die Regierung sich zu der wahrscheinlich morgen im Reichstage zur Verhandlung kommenden sozialdemokratischen Interpellation in Sachen der Wahl**rechtsfrage nur kurz äußern**, da sie nach wie vor an der Auffassung festhält, daß **preußische Angelegenheiten** nicht vor dem Reichstag gehören, und daß ein Präzedenzfall nicht geschaffen werden dürfe, da sonst Angelegenheiten auch anderer Bundesstaaten demnächst vor das Forum des Reichstages gezogen werden könnten.

Diese Meldung wird von der Tägl. Rundschau dahin ergänzt:

Wie verlautet, wird in Vertretung des Reichskanzlers Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg morgen im Reichstage die Beantwortung der **sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation ablehnen.**

Bestätigen sich diese Nachrichten, dann arbeitet die Regierung wieder nach den Rezepten der Deutschen Tgszig., die schreibt:

Der Reichskanzler würde ein sehr bedenkliches Präzedenz schaffen, wenn er in diesem Falle von der guten Gepflogenheit abweichen wollte, die Beantwortung von Interpellationen, die in preußische Verhältnisse eingreifen, **grundsätzlich abzulehnen ... Was der Reichskanzler Grundsätzliches gegen die Interpellation als solche, zu sagen hat, das kann er in der Begründung der Ablehnung anführen.** Es genügen **ein paar markige, scharfe Sätze**, um auf diejenigen zu wirken, welche eine solche Einwirkung überhaupt zugänglich sind ...

Ueber die Stellungnahme der Parteien verlautet nur so viel, daß bloß die Konservativen gegen die Besprechung der Interpellation stimmen werden. Das Zentrum verharrt in seiner perfiden, lauernd-abwartenden Stellung. Die freisinnigen Fraktionen wollen, wie es heißt, **jede für sich** Stellung nehmen, für die Freisinnige Volkspartei soll Wiemer, für die süddeutschen Payer, für die Vereinigung Schrader sprechen. Selbst die Voss. Ztg. gibt jetzt zu, „daß die Erklärung des Staatsministeriums ihrer Form nach unglücklich und verletzend, ihrem Inhalt nach durchaus unzulänglich war."

Je passiver sich die Regierung verhält, desto rührriger ist die Polizei. Darüber wird gemeldet:

Seitens der Polizei sind umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, **um Demonstrationen vorzubeugen. Das Reichstagsgebäude wird bereits um 9 Uhr vormittags im weiteren Umkreise von einer Schutzmannskette umstellt werden. Der Zutritt zum Reichstagsgebäude wird morgen einer besonders strengen Kontrolle unterworfen werden und nur gegen Vorzeigung einer Legitimation bezw. Tribünenkarten gestattet werden.**

Soweit die vorliegenden Nachrichten. Eine entscheidende Wendung künden sie nicht an, und eine solche wird auch kaum erwartet. Allerdings hat sich die parlamentarische Situation durch die Regierungserklärung vom 10. Januar geändert und diese Aenderung dürfte morgen klar zutage treten.

Am 4. Dezember v. J. erklärte der Reichskanzler auf einige recht unbedeutende Angriffe hin, die von Blockparteien auf die Regierung und aufeinander gemacht worden waren, daß er mit dem Block stehe und falle und daß er zurücktreten werde, falls sich ähnliche Vorfälle wie vor dem 4. Dezember wieder ereignen sollten. Daraufhin gaben die einzelnen Blockparteien ihren berühmten Schwur zur Blockpolitik ab, und Herr Wiemer durfte damals namens der ganzen freisinnigen Fraktionsgemeinschaft dem Fürsten Bülow das Vertrauen votieren.

Dieses Stadium der Blockpolitik scheint nun, nach nicht alle Zeichen trügen, endgültig vorbei zu sein. Selbst Herr Wiemer wird am 22. Januar eine etwas andere Tonart anschlagen müssen als am 4. Dezember. Er wird aber aller Voraussicht nach diesmal nicht mehr namens aller 49 freisinnigen Fraktionsangehörigen sprechen dürfen, sondern nur für seine 28 Kollegen von der Freisinnigen Volkspartei. Die beiden andern Freisinnsfraktionen, die süddeutsche und die Vereinigung dürften sich entschiedener ausdrücken.

Es steht also fest, daß der 22. Januar eine Wiederholung der Blockkomödie nicht bringen kann. Sein Resultat mag welches immer sein, es wird gewiß kein Vertrauensvotum für die Regierung Bülow.

Wäre Bülow ein Konsequenzenmacher, so würde er angesichts einer solchen Zersplitterung seines Blocks seinen Abschied nehmen müssen. Und wären die bürgerlichen Parteien, die für das gleiche Wahlrecht einzutreten behaupten, wirkliche und echte Wahlrechtsfreunde, so würden sie selbst dann, wenn Bülow seinen Abschied nicht nehmen wollte, **ihm durch ihr parlamentarisches Verhalten jedes weitere Verbleiben im Amte unmöglich machen.**

Aber so ernst wird die Sache nicht gemeint, weder von der Regierung noch vom Zentrum noch gar von der Freisinnigen Volkspartei. Fürst Bülow will sich mit der Rhinozeroshaut panzern, die ihm nach seinem eigenen Geständnis in allen schwierigen Situationen zur Verfügung stehe. Für die Freisinnige Volkspartei aber lautet die preußische Wahlrechtsfrage in ihrem Kerne doch nicht anders als so: „Wie bleibe ich an der Regierungskrippe?" und für das Zentrum: „Wie komme ich wieder dahin?" So sprechen alle Vorzeichen für **eine Versumpfung der Krise.**

Die Frage ist berechtigt: „Wo ist der Block?" Aber der Block ist kein gewöhnliches Lebewesen, er ist ein Gespenst. Er ist da, wo ihn die Freisinnige Volkspartei braucht, er ist plötzlich wie verhext und verschwunden, wenn die radikaleren Elemente der Freisinnigen Vereinigung ihm zuleibe gehen wollen: Nun heißt es, das Blockverhältnis könne gar nicht gekündigt werden, da es ja auch nicht in vertragsmäßiger Form abgeschlossen worden sei. Außerdem gehe der Block nur dem Reichskanzler, nicht dem preußischen Ministerpräsidenten etwas an, und sein Schicksal werde sich bei dem Vereinsgesetz, bei der Reichsfinanzreform oder sonst irgendwo drei Meilen hinter Weihnachten entscheiden.

Auch die Regierung richtet sich darnach ein. Sie will den Block bedorfeln, wo sie ihn brauchen kann, sie wird ihn aber ignorieren, wo sich das zahmgewordene Zentrum zur Bewilligung „nationaler Forderungen" bereit zeigt. Neigung zu entscheidenden Taten zeigt höchstens der linke Flügel des Freisinns, sonst gilt überall die Parole des seligen österreichischen Ministerpräsidenten Taaffe: **„Fortwursteln und Fortfretten!"**

So stellt sich am Tage vor der Beratung der Wahlrechtsinterpellation die politische Situation dar, die, wie nicht erst ausführlich gezeigt zu werden braucht, für die Sozialdemokratie **außerordentlich günstig** ist, und sich vielleicht auch noch günstiger gestalten könnte, durch Ueberraschungen, die in so aufgeregten Zeiten wie der gegenwärtigen, nicht unmöglich sind. Als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion soll Genosse Fischer zu Worte kommen, während dem Genossen Bebel das Schlußwort nach der Stellungnahme der Parteien vorbehalten bleibt. Auf alle Fälle stehen wir am Vorabend eines großen parlamentarischen Tages, jedes Wort, das morgen gesprochen wird, wird sein Echo finden in Land und Ausland.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 22. Januar 1908.

Aus dem Reichstage.

Am Jahrestage der sehr handgreiflichen Majestätsbeleidigung, die auf Befehl des Nationalkonvents anno 1793 auf dem Pariser Eintrachtsplatze praktiziert wurde, fanden sich die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstages einträchtiglich zusammen, um dem byzantinischen Majestätsbeleidigungsparagraphen, wie er bisher in Deutschland rechtens war, ein nicht sowohl modernes, als modern aussehendes Mäntelchen umzuhängen. Zentrum und Freisinnige, die letzteren durch des nicht dekorierten Meiningers Mund, gestanden, daß sie mehr gewünscht hätten, fügten diesem Geständnis aber gleich die Mahnungen zur Bescheidenheit bei. Der Reichsverrändler Wagner aus Sachsen tat, als ob die Konservativen ein Opfer gebracht hätten; der antisemitische Schreier Graef jauchzte über das Königsberger Urteil und der Nationalliberale Osann suchte eine geschichtsphilosophische Begründung dieser Art Tendenzjustiz zu geben. Einzig und allein die Sozialdemokratie war es, die in dieser Frage den Standpunkt des modernen Verfassungstaates verteidigt. Genosse Heine übte an der kläglichen Halbheit der Vorlage ätzende Kritik und wies an dem Königsberger Schulbeispiel die unausrottbare Natur der deutschen Klassenjustiz nach. Die schöne Entrüstung, in die Staatssekretär Nieberding darob verfiel, bewies, daß die Hiebe gesessen. — Unser Antrag, das Scheusal in die Wolfsschlucht zu werfen, d. h. den Majestätsbeleidigungsparagraphen aus dem Strafgesetzbuch herausstreichen, wurde abgelehnt; wie es scheint, ist noch nicht einmal aus den Polen alle Loyalität herausgeprügelt worden. Mit allen gegen unsere Stimmen fiel unser Antrag und mit derselben Mehrheit wurde das schwächliche Produkt der Kommission angenommen.

Die nun folgende Beratung des Scheckgesetzes bot wenig Interessantes. Genosse Frank, der zu Beginn der Sitzung kurz den Standpunkt unserer Fraktion zu der Vorlage über die

18]

Jud Süß.

Novelle von Wilhelm Hauff.

14.

Als die Stuttgarter am Morgen nach dieser verhängnisvollen Nacht erwachten, wurden sie von zwei beinahe ganz unglaublichen Nachrichten überrascht. Der Herzog sei, statt außer Landes verreist zu sein, in dieser Nacht zu Ludwigsburg schnell gestorben. Er war ein gesunder, kräftiger Mann gewesen, dem mancher, der ihn gesehen, wohl noch zwanzig bis dreißig Jahre gegeben hätte. Die Klagen um seinen Tod verstummten beinahe vor der Freude über eine andere Nachricht: der Jude Süß sei mit mehreren der höchsten Herrschaften im Ludwigsburger Schloß gewesen, als der Herzog so plötzlich starb; er habe sich alsobald, nachdem er die Leiche gesehen, aufs Pferd geschwungen und sei wie wahnsinnig Stuttgart zugeritten; Herr von Röder aber, ein Mann, mit dem sich nicht spaßen lasse, habe ihn eingeholt und bewacht nach Stuttgart geführt. Man lachte über die sonderbare Verblendung des Juden; als er nämlich von der Frau Herzogin, welcher er noch in der Nacht aufgewartet hatte, um zu kondolieren, herausstrat und eine Eskorte nach Hause verlangte, weil er wichtige Akten holen müsse, schloß sich ein Leutnant mit sechs Mann an ihn an; am Ende des Korridors machte ihm ein Hauptmann das Kompliment und folgte mit zwölf Mann; jener meinte zwar lächelnd, „es sei zu viel Ehre," als er aber an Landels Haus um die Ecke bog und vier Schildwachen vor seinem Palais bemerkte, als er oben an der Treppe Bajonette blicken sah, und Lea bleich, verstört und weinend ihm entgegenstürzte, da merkte er, welche Stunde geschlagen habe, und rief: „Ciel, je suis perdu!"

Obgleich das Testament des verstorbenen Herzogs im Fall seines Todes eine Administration bestellt hatte, welche seinen Ministern angenehmer gewesen wäre, so übernahm doch Herzog Rudolf von Neustadt, trotz seines hohen Alters, als der nächste Agnat die Administration, und das Land fühlte sich erleichtert und zufrieden dabei. Er ließ, außer anerkannt schlechten Menschen, jeden in der Würde, in der er unter der vorigen Regierung stand, und es war dies wirklich eine Art von Gnadenakt, wenn man bedenkt, daß früher zwei Drittteile aller Aemter im Lande verkauft worden waren. Nur einer war nicht zufrieden mit dem Amt, das ihm der Herzog-Administrator mit den huldreichsten Ausdrücken bestätigt hatte; es war der den junge Landel. Er wurde nicht nur als Expeditionsrat aufs neue ernannt, sondern, als der alte Röder, im Feuer der Freundschaft für den Landschaftskonsulenten, dessen Sohn als einen klugen Kopf und trefflichen Juristen schilderte, wählte ihn der Herzog sogar in die Kommission, die den Prozeß gegen den Juden Süß zu führen hatte. Der alte Landel fühlte sich dadurch nicht wenig geehrt und nannte seinen Sohn mehreremal den Stolz und die Stütze seines Alters; aber Gustav machte diese Wahl unaussprechlich unglücklich. Nicht als ob er nicht, wie jeder andere Bürger, den Mann verdammt hätte, der das Land in so tiefes Elend gestürzt; nicht als ob es gegen sein Gewissen gewesen wäre, Verbrechen ans Licht zu ziehen, die man so künstlich verborgen hatte; aber Lea — es war ja ihr Bruder, den er richten sollte, und der Gedanke war es, der ihm dieses Geschäft zum Abscheu machte. Kleine Seelen sättigen sich gerne an Rache, und manchem wäre es eine innige Freude gewesen, einen Mann, der noch vor kurzem so hoch stand, jetzt in der tiefsten Kasematte der Festung zu besuchen, mit herrischer Stimme ihn von seinem Lager aufzujagen und ihn zu martern und zu peinigen. Dieser Mann hatte sich noch überdies gegen Gustav persönlich verfehlt, er hatte ihn mit dem empörendsten Uebermut behandelt, ihm sogar mit demselben Gefängnis gedroht, in welchem er jetzt selbst, bange um künftige Freiheit, vielleicht selbst um sein Leben, schmachtete. Aber das Herz des jungen Mannes war zu groß, als daß es hätte freudig pochen sollen, als er zum erstenmal als Richter in den Kerker des Mannes trat, der jetzt entblößt von aller irdischen Herrlichkeit, angetan mit zerlumpten Kleidern, bleich, verwildert, sich langsam aus seinen rasselnden Ketten aufrichtete. Erinnerte ihn doch jetzt noch dieses Gesicht an die Züge eines unglücklichen, geliebten Wesens; und er konnte sich kaum der Tränen enthalten, als nach dem Schlusse des Verhörs der Gefangene sprach: „Herr Landel, es gibt ein unglückliches, unschuldiges Mädchen, das wir beide kennen; als man in meinem Hause versiegelte, haben sie die rohen Menschen auf die Straße gestoßen — sie war ja eine Jüdin und verdiente also kein Mitleid. — Mir, Herr, ist kein Pfennig geblieben, womit ich ihr Leben fristen könnte; ich weiß nicht, wo sie ist — wenn sie **etwas** von ihr hören sollten — sie hat **nichts als das Kleid,** das sie trug, als man sie von der Schwelle stieß — geben Sie ihr aus Barmherzigkeit ein Almosen."

Der junge Mann ließ seinen Tränen freien Lauf, als er allein den Berg von Hohenneussen herabstieg; er erfuhr zwar nachher, daß ihn der Jude belogen habe, daß er, obgleich man über 500 000 Gulden in Gold und Juwelen in seinem Hause fand, doch beinahe 100 000 in Frankfurt in sicheren Händen habe, und Gustav konnte leicht einsehen, daß ihn Süß durch diese Vorstellungen von Elend nur habe weich stimmen wollen; aber dennoch konnte er den Gedanken nicht entfernen, daß Lea verlassen und unglücklich sei, und dieser Gedanke wurde immer peinlicher, als er trotz seiner Nachforschungen keine Spur von ihr entdecken konnte.

Der Frühling, Sommer und Herbst waren vorübergegangen, und noch immer dauerte der Prozeß. Es waren Dinge zur Sprache gekommen, wovor selbst den kältesten Richtern graute; aber obgleich der junge Landel der Kommission mit edlem Unwillen vorstellte, daß noch vier andere Männer nicht minder schuldig seien als Süß, so schien man doch nur gegen diesen ernstlich verfahren zu wollen, weil ihn der allgemeine Haß als den Schuldigsten bezeichnete.

Es war an einem trüben Oktoberabend — der alte Konsulent war seit einigen Tagen verreist, und sein Sohn arbeitete im Bibliothekzimmer an einem neuen Verhör —, als seine jüngere Schwester, jetzt die glückliche Braut des Kapitän Reelzingen, ernster als gewöhnlich zu ihm eintrat. Sie sprach anfangs Gleichgültiges, schien aber nur mit Mühe eine Träne unterdrücken zu können, die endlich wirklich in den sanften Auge glänzte, als sie fragte, ob er ihr nicht zürnen werde, wenn sie eine bekannte Person zu ihm führe? Er sah sie staunend und verwundert an, doch noch ehe er eine Antwort zu geben vermochte, eilte Kätchen weinend aus dem Zimmer und trat bald darauf mit einem verschleierten Mädchen wieder ein. Noch ehe die trübe Kerze ihre Umrisse deutlich zeigte, noch ehe sie den Schleier zurückschlug, sagte ihm sein ahnendes Herz, wen er vor sich habe; erröten sprang er auf, aber schon hatte die Unglückliche sich vor ihm niedergeworfen, den Schleier

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080123-14/fragment/page=0001

Funkentelegraphte, die an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen wurde, dargelegt hatte, ergriff auch zum Scheckgesetze das Wort. Ein direktes Interesse an dem an sich übrigens lobenswerten Gesetze haben die Arbeiter nicht, denn das Scheckbuch der Arbeiter befindet sich in trauter Gesellschaft mit dem berühmten Sonntagshuhn. Da die Vorlage aber an sich der Entwicklung der Volkswirtschaft günstig ist, so werden wir für sie stimmen.

Am Mittwoch steht unsere **Interpellation über das preußische Wahlrecht** zur Beratung. — Die in Preußen üblichen Vorbereitungen für solche Tage sind schon in Gestalt **umfassender Absperrungsmaßregeln** getroffen.

Wird wieder, wie am blutigen Sonntag und gestern am Tage der Arbeitslosenversammlungen Proletarierblut die Straßen Berlins röten?

Das preußische Dreiklassenparlament

setzte gestern zunächst den Etat der Seehandlung von der Tagesordnung ab, um zunächst nachzuprüfen, ob dieses Institut bei der Sanierung der nordischen Stahlwerke in Danzig und der Bromberger Mühlen, zweier Institute, an denen sie sich finanziell beteiligt hatte, und die rasch verkauft sind, korrekt verfahren sei. Dann erörterte das Abgeordnetenhaus wieder einmal eine Frage, die ausschließlich zur Zuständigkeit des Reiches gehört, nämlich die der vermehrten Ausprägung von Silbermünzen. Für das geistige Niveau der Debatte kennzeichnend ist die Aeußerung des konservativen Führers v. Arnim, daß die jetzige Geldknappheit die Rache des verschwundenen Talers sei. Es ist seitens der Reichsregierung zwar etwa ein Dutzendmal erklärt worden, daß an Stelle der eingezogenen Taler aus demselben Silber Fünfmarkstücke geprägt worden sind, aber ein konservativer Landtagsabgeordneter braucht das ja nicht zu wissen.

Den Rest der Sitzung füllten lange Debatten über Aufforstungen und Kolonisationen. Für die innere Kolonisation Ostpreußens verlangten die Konservativen höhere Summen, und da die Regierung ihren Wünschen nicht rasch genug nachgekommen war, so beantragten sie selbst entgegen einem alten Brauche die erhöhten Summen in den Etat einzusetzen. Vor dieser kurzen Entschlossenheit der Junker bekam es die Regierung mit der Angst zu tun und erklärte, daß sie gegen die Mehrforderungen nichts einzuwenden hätte und daß sich wahrscheinlich die Verhältnisse inzwischen ohne ihr Wissen vollkommen geändert hätten, sonst hätte sie selbst bereits höhere Summen in den Etat eingesetzt. Auch sämtliche Parteien des Dreiklassenparlaments waren von der Idee der Konservativen, sich durch Ansiedelung von Landarbeitern als kleine Kossäten billige Arbeitskräfte zu verschaffen, in höchstem Maße entzückt. Der nationalliberale Abg. Dr. Heydweiler, früher Landrat in Wiesbaden, jetzt begeisterter Vorkämpfer für Kreim und den uferlosen Flottenverein, sah in dieser verstärkten Ausbeutung von Instleuten sogar ein Mittel, die Sozialdemokratie in kürzester Zeit zu ruinieren: Wenn man den Proletarier zum Kleinbürger mache, so könne man die Sozialdemokratie überwinden; Kleinbürger aber werde der Arbeiter dadurch, daß man ihm einen kleinen Grundbesitz gebe. Der Herr Landrat hätte nur hinzufügen sollen, daß er jeden Industriearbeiter zum Hauswirt machen und ihm ein Bankguthaben eröffnen will, dann wäre ihm beinahe zu glauben. Erfreulich ist übrigens, daß die Nationalliberalen keine Hoffnung mehr haben, den Arbeiter solange er Arbeiter ist, von der Arbeiterpartei der Sozialdemokratie zu trennen.

Am Donnerstag geht die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Heute machen die diätengesegneten Herren vom Dreiklassenparlament wieder einmal blau, angeblich aus Rücksicht auf die Budgetkommission.

Die Berliner Arbeitslosen für Brot und Freiheit.

In Berlin fanden am Dienstag vormittag **neun große Arbeitslosenversammlungen** statt, die sämtlich überfüllt waren. Die Teilnehmerzahl wird auf **15 000 bis 18 000 Personen** geschätzt. Es referierten Reichstagsabgeordnete, und überall fand eine Resolution einstimmige Annahme, die von Staat und Gemeinde die sofortige Inangriffnahme aller geplanten Bauten, Notstandsarbeiten, Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, volle Koalitionsfreiheit, Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Lebensmittel fordert, alle Hilfe aber entschieden zurückweist, die den Charakter einer Armenunterstützung tragen würde.

Der Besuch der Versammlungen und die Stimmung, die in ihnen herrschte, bewies die Dringlichkeit dieser Forderungen. Was aber tut die Regierung? Sie hat gegen alle Nöte und Schwierigkeiten der Zeit nur ein Heilmittel: polizeiliche Absperrung. Berlin war wieder einmal im Kriegszustande. Kleine Züge von Arbeitslosen bildeten sich da und dort, leisteten aber den Anordnungen der Polizei allenthalben Folge. Trotzdem kam es zu einem blutigen Zwischenfall, als sich ein Trupp von einigen hundert Arbeitslosen in der vierten Nachmittagsstunde dem Reichstagsgebäude näherte.

Die Polizei glaubte den Reichstag gegen eine Schar ausgehungerter, unbewaffneter Proletarier in besonderen Schutz nehmen zu müssen, sie warf sich ihr am Schiffbauerdamm entgegen und verabreichte ihr

Säbelhiebe statt Brot.

Von den Fenstern des Reichstagsgebäudes konnte beobachtet werden, wie die Schutzleute schonungslos einhieben. Plötzlich krachten zwei Schüsse, deren Urheber und Ziel zunächst nicht festgestellt werden konnte. Die Schüsse, die vom Reichstagsgebäude aus nicht zu hören waren (ein Gerücht erzählte von ihnen) sollen von einem Neubau aus abgegeben worden sein.

In allen Versammlungen herrschte stürmische Begeisterung, sobald die Redner auf den Wahlrechtskampf zu sprechen kamen.

•

Auch in Hannover ist der Polizeisäbel gegen Arbeitslose zur Anwendung gekommen. Polizeioffiziös wird darüber gemeldet:

Als Dienstag Nachmittag in der Schillerstraße eine Anzahl Arbeitslose auf die Ausgabe des Arbeitsnachweises warteten, kam es zu Ausschreitungen, wobei der Wagenschmied A. Fieling einen Schutzmann beleidigte. Als dieser ihn festnehmen wollte, widersetzte sich F. Der Schutzmann war „genötigt", von der blanken Waffe Gebrauch zu machen. Letzterer verletzte dem Wagenschmied einige Hiebe über den Schädel und Gesicht, so daß dieser in schwer verletztem Zustande mittels Wagen nach dem Krankenhause gebracht werden mußte, wo er in hoffnungslosem Zustande darniederliegt. Ein Augenzeuge berichtet noch zu dem Vorfall, daß ungefähr **vier Schutzleute auf den F. eingeschlagen haben.** — Unter den übrigen Arbeitslosen entstand große Erregung und „mußte" ein größeres Schutzmannsaufgebot die Menge mit Gewalt zerstreuen.

Diese Vorgänge entsprechen ganz der Praxis des preußischen Polizeistaates. Auch sie liefern wertvolles Material zu unserem Wahlrechtskampfe.

Ausländische Preßstimmen über die Wahlrechts-Demonstration in Preußen. „Ein Hurra unseren deutschen Genossen" — so betitelt der englische Genosse Hyndman einen Artikel in der Justice, in welchem er über die Demonstrationen in Berlin schreibt: „Was in Berlin sich ereignet, so schreibt er, ist für die Sozialdemokratie der ganzen Welt von der höchsten Bedeutung. In den letzten Jahren hatte man an der Taktik unserer deutschen Genossen vielfach abfprechende Kritik geübt; man hat ihnen vorgeworfen, daß ein Volk nicht erwarten könne, seine Freiheit zu erobern, ohne sich bestimmten Gefahren auszusetzen und daß solche Ruhe, wie das Volk in Sachsen bei der Wegnahme seines Wahlrechts gezeigt habe, nur dazu beitragen könne, den Mut der herrschenden Klassen zu erhöhen." — Mit dieser Taktik, so meint Hyndman weiter, sei nun endgültig gebrochen. Die Vorgänge in Berlin haben gezeigt, daß die deutschen Genossen auf ihr Ziel, die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts furchtlos zusteuern und bereit seien, Opfer zu bringen.

Der Brüsseler Peuple weist in seiner Besprechung mit Recht darauf hin, daß es ein großer Unterschied sei, ob unsere Genossen in Paris eine Straßendemonstration veranstalten oder ob das in Berlin geschieht. Frankreich ist eben ein Kulturland, wo die Bürger es als ihr unumstößliches Recht in Anspruch nehmen, ihre Meinung in der von ihnen beliebten Weise zum Ausdruck zu bringen, während in Preußen moskowitische Methoden vorherrschen.

Den Krähwinkler Landsturm markiert der Freisinn im preußischen Wahlrechtskampfe. Der Ausschuß der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft des preußischen Abgeordnetenhauses für die Wahlrechtsreform in Preußen hat nämlich gestern die erste Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, eine Broschüre über die Wahlrechtsreform und ein Flugblatt alsbald zu verbreiten und einen Aufruf zur Gewinnung von Mitteln für den Wahlrechtskampf zu veröffentlichen. Weitere Broschüren, sowie Flugblätter und Versammlungen sind in Aussicht genommen. Die Versammlungen sollen planmäßig und einheitlich im Fühlung mit den Parteiorganisationen veranstaltet werden. Durch Zuwahl wurden in den Ausschuß die Abgg. Kopsch und Naumann berufen.

Der mit Orden gesegnete Freisinn muß doch so tun, als ob er etwas täte.

Eine Neuregelung der Diäten für die preußischen „Volksvertreter" wird beabsichtigt, damit die Erkorenen des Geldsackswahlrechts für ihre schwere und aufreibende Arbeit besser entschädigt werden als bisher; — sie erhalten jetzt nur 15 Mark pro Tag. Die Frage wird voraussichtlich schon in der nächsten Woche gelegentlich der Beratung des Etats des preußischen Abgeordnetenhauses zur Entscheidung kommen. Es ist geplant, den einzelnen Abgeordneten eine **Pauschale von 3000 Mark** für die Session zu gewähren. Auch die Eisenbahnfahrkarten für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sollen konform denen der Reichstagsabgeordneten ausgestellt werden.

Eisenbahn und Agrarier. Am 17. Februar findet in Berlin die Generalversammlung des Bundes der Landwirte statt. Im Organ des Bundes für Ostpreußen erläßt nun der Vorsitzende, Rittmeister a. D. Gallandi, eine Bekanntmachung, in der den Mitgliedern mitgeteilt wird, daß eine gemeinschaftliche Bundesfahrt mit Extrazug nach Berlin zu der Versammlung beabsichtigt sei und dafür folgende Fahrpreise pro Person festgesetzt seien:

Ab Königsberg 2. Klasse hin und zurück 31,60 Mk., ab Königsberg 3. Klasse hin und zurück 21,80 Mk. Der Extrazug hat Durchgangs- und Speisewagen. Es wird aber kein Zuschlag oder Platzgebühr erhoben. Auch ist sämtliches Gepäck frei.

In seiner Bekanntmachung fügt der Herr Rittmeister hinzu: „Meine Bemühungen, diese Bundesfahrt zustande zu bringen, haben in erster Linie den Zweck, den kleineren und mittleren Besitzern Gelegenheit zu bieten, mit möglichst geringen Kosten und in Gesellschaft von Bundesfreunden die Fahrt zur Berliner Generalversammlung mitzumachen."

Für gewöhnliche Menschen kostet eine Vergnügungsfahrt mit dem D-Zug von Königsberg nach Berlin 2. Klasse 60,20 Mark, 3. Klasse 48,80 Mark. Da aber dank des Dreiklassenwahlrechts Junker und Agrarier in Preußen das Heft in den Händen haben, muß ihnen auch der sonst so knausrige Eisenbahnfiskus gefällig sein.

Ein mißglückter Anschlag. Die Berliner Anwaltskammer hat ein Einschreiten gegen den Genossen Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht abgelehnt. Der Antrag der Staatsanwaltschaft, dem Genossen Liebknecht wegen seiner Verurteilung die Rechtsanwaltspraxis zu nehmen, ist somit erfolglos geblieben.

Der arme, notleidende Papst. Sieben Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns veröffentlichen zurzeit in der Zentrumspresse einen Hirtenbrief, worin die Katholiken aufgefordert werden, schon jetzt für das am 18. September zu feiernde goldene Priesterjubiläum des Papstes zu rüsten. Drei Seiten lang wird die Heiligkeit des Papstes gepriesen. Doch das ist nur die Einleitung zu der am Schlusse des Hirtenbriefes folgenden Aufforderung, dem heiligen Vater in Rom „mit opferwilligen Gaben in seinen gegenwärtigen Bedrängnissen zu Hilfe zu kommen". Um aber Bedenken wie jene des schwäbischen Bauern zu zerstreuen, der bei einer Wallfahrt nach Rom angesichts des päpstlichen Palastes erstaunt ausrief: „Herrgottsakra, da hat mi der Gröber aber dunnerschlechtig ang'loga; sagt der, der heilig Vater sei arm und schlof uff Stroh!" —

„Ja, geliebte Diözesanen, glaubt es Euren Bischöfen: die Bedrängnisse unseres heiligen Vaters sind groß und seine Mittel gegenüber all den Anforderungen, die aus der ganzen Kirche an ihn herantreten, nicht ausreichend. Darum zeiget Eure Kindesliebe, indem Ihr Eurem Vater zu seinem Jubiläum gern von Euren Mitteln zukommen lasset und reichlicher, als Ihr es sonst zu tun pflegt. Jede Gabe ist für sein schmerzerfülltes Herz ein Trost, und auf jeder, auch der kleinsten Gabe, ruht sein Vatersegen."

Das Duell in der Armee. Die Münch. Post meldet, daß in Metz zwischen zwei bayrischen Offizieren, einem Major und einem Hauptmann, ein schweres Pistolenduell wegen einer schweren Ehrirrung stattgefunden habe. Einer der Offiziere soll seinen Verletzungen erlegen sein.

Zur Revolution in Rußland.

Der neue Minister. Die Kampagne, die die echtrussischen Blätter vor kurzem gegen den Unterrichtsminister v. Kaufmann und dessen Gehilfen Gerassimoff eröffneten, hat, wie zu erwarten war, den Erfolg gehabt, daß beide kurzerhand verabschiedet wurden. An Stelle v. Kaufmanns wurde der frühere Kurator des Rigaer und Warschauer Lehrbezirkes, Schwarz, der es in kurzer Zeit verstand, alle Lehranstalten Polens zum Stillstand zu bringen, zum Minister ernannt. Das Organ der Schwarzen Hunderte, Ruskoje Snamja, begrüßt den neuen Minister mit folgenden enthusiastischen Worten: „An Stelle Kaufmanns ist der Kurator des Warschauer Lehrbezirkes, Schwarz, ernannt, ein echter, rechter Schwarzhunderter, ein Mann, der trotz seines Namens ein echtes russisches Herz besitzt, und der der russischen nationalen Sache mit ganzer Seele ergeben ist."

Diese Empfehlung von seiten des Pogromistenblattes berechtigt zu ernsten Befürchtungen in bezug auf das Schicksal der russischen Lehranstalten. Der „Schwarzhunderter" Schwarz wird allem Anschein nach in die Fußstapfen der Kaulbars, Rennenkampf usw. treten, die der „echtrussischen nationalen Sache" mit einer Hingebung dienen, die nur bei fremdstammigen Soldknechten zu finden ist.

Gefängnisgräuel. Der Dumaabgeordnete Genosse Tschcheidse erhielt von den Genossen Dschaparidse (Abg. d. 1. Duma) und Gegetschkori (Abg. d. 3. Duma) folgendes Telegramm aus Kutais (Kaukasus):

„Im Gouvernementsgefängnis haben 700 Gefangene den Hungerstreik begonnen. Das Gefängnis ist äußerst überfüllt. Es mangelt an Pritschen. Ein Teil der Gefangenen schläft auf dem Zementboden. Die Wäsche wird in den Zellen gewaschen. Die Schmutzkübel werden tagelang nicht gereinigt. Es finden Massenerkrankungen statt . . . Die Badestube und Toilette sind gesperrt. Heute sind drei von den Gefangenen gestorben."

Auf nichts ist mehr Verlaß. Der Voss. Ztg. wird aus Petersburg gemeldet: Die politische Polizei schöpfte Verdacht, daß unter ihren Geheimagenten sich Revolutionäre und Terroristen befinden. Bei mehreren Agenten wurden deshalb in den letzten Tagen Haussuchungen vorgenommen. Das Ergebnis scheint indessen den Erwartungen nicht entsprochen zu haben.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung. Dienstag, den 21. Januar, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstisch: Krätke, später Nieberding.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die 1. Lesung des

Telefunkengesetzes.

Staatssekretär Krätke begründet kurz die Vorlage. Krätke verfügt, daß drahtlose Telegraphenanlagen nur mit Genehmigung des Reiches errichtet und betrieben werden sollen. Redner weist auf die Bedeutung der Funkentelegraphie für Heer und Marine und den internationalen Verkehr hin.

Die Abg. Euen (kons.), Schneider (Zentrum), Dr. Junck (natlib.), Dr. Delbrück (Freis. Vgg.) stimmen der Vorlage durchweg zu, doch wünschen die beiden letzten Redner Kommissionsberatung. Dr Delbrück erregt große Heiterkeit, als er erzählt, daß einmal auf ein Funken-Telegramm Loubets die Antwort zurückgekommen sei: „Ich pfeif' darauf."

Abg. Frank (Soz.): Die Wissenschaft, die die sichtbaren Verbindungsfäden überflüssig gemacht hat, hat gleichzeitig unsichtbare Fäden der Solidarität zwischen den Völkern geknüpft. Der internationale Vertrag ist aus dieser internationalen Solidarität entstanden. Eine derartige Vorlage ist die wirksamste Propaganda für die Sache des Friedens und der Kultur. (Zustimmung bei den Soz.) Aber die Regierung hat sofort wieder marinistische und militaristische Gesichtspunkte in den Vordergrund geschoben. Außerdem verlangt sie eine Blankovollmacht für den Reichskanzler zur Ordnung der Gebührenfrage. Wir haben durchaus keine Veranlassung, diese Vollmacht zu erteilen und stimmen schon deshalb dem Antrag auf Kommissionsberatung zu. (Beifall bei den Soz.)

Hiermit schließt die Beratung und die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage betreffend

Aenderung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen.

Die Kommission hat die Regierungsvorlage dahin abgeändert, daß die Beleidigung nur dann strafbar ist, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Ueberlegung begangen wird. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann nach der Kommissionsfassung die Gefängnisstrafe bezw. Festungshaft bis auf eine Woche ermäßigt werden.

Auch soll in Zukunft der Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Aemter nach einer Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung in Wegfall kommen.

Abg. Roeren (Zentr.): Wir vermissen eine objektive Einschränkung des Majestätsbeleidigungs-Begriffs, denn „Böswilligkeit" usw. sind rein subjektive Momente. Die Folge ist, daß die politischen Anschauungen, die Parteizugehörigkeit des Betreffenden für die Richter mit entscheidend sein wird. (Sehr wahr! im Zentr. und bei den Soz.) Mein Versuch, das objektive Moment hineinzubringen, wurde von denselben Konservativen abgelehnt, die ihn angeregt hatten. Immerhin hat der Entwurf in der Kommission so viele Verbesserungen erfahren, daß wir ihm zustimmen können.

Abg. Brunstermann (Reichsp.) erklärt sich mit der Kommissionsfassung einverstanden.

Es ist ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) eingegangen, die Majestätsbeleidigungs-Paragraphen (95, 97, 99, 101) des Strafgesetzbuches aufzuheben.

Abg. Heine (Soz.): Wir erkennen einen gewissen Fortschritt der Kommissionsfassung gegenüber der Regierungsvorlage an. Aber wir können auch die Kommissions-Fassung längst nicht als genügend ansehen, sondern werden vielmehr für unseren, eben verlesenen Antrag stimmen. Indem sie ihre Vorlage einbrachte, hat die Regierung selbst die Existenz grober Mißbräuche anerkannt. Aber die Vorlage ist nicht geeignet, diese Mißbräuche zu beseitigen. Nicht die Salben und Mixturen der Aenderung, sondern das Messer der Abschaffung muß angewandt werden. (Zustimmung bei den Soz.) Schon allein der dehnbare Ausdruck „Böswilligkeit" verbietet uns, für die Kommissionsfassung zu stimmen. In dieser Fassung mögen harmlose Bierpbilister frei ausgehen; aber die Befreiung der politischen Kritik von den unwürdigen Fesseln des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen wird nicht erreicht. Ganz im Gegenteil. Die Erfahrung hat inzwischen bestätigt, was ich bei erster Lesung ausführte: Politische Aeußerungen werden unter den Majestätsbeleidigungs-Paragraphen gebracht, wenn auch erst die Logik vergewaltigt werden muß, bis man sie auf den Fürsten beziehen kann. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir gönnen den harmlosen Schwätzern und armen Angetrunkenen die Sprachfreiheit, können ihnen aber kein Privilegium vor ernsthaften Kritikern zubilligen.

Inzwischen ist in Königsberg ein Gerichtsurteil ergangen, von dem auch Sie (nach rechts) zugeben müssen, daß es dabei nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. (Lärm und Widerspruch rechts.) Neunzehn Zwanzigstel des Artikels der Königsberger Volkszeitung, auf Grund dessen der Redakteur Markwald zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, beschäftigten sich mit den historischen Vorgängen der Zeit der Erniedrigung Preußens nach

---

zurückschlagen, und Lea war es, welche die einst so geliebten Augen düster und bittend zu ihm aufschlug und die bleichen, magern Hände ineinander gerungen flehend nach ihm hinstreckte. „Barmherzigkeit!" rief sie. „Nur nicht sterben lassen Sie ihn; man sagt, er müsse sterben; seine einzige Hoffnung ruht noch auf Ihnen. Wo soll ich Worte hernehmen, Ihr großmütiges Herz zu erweichen? Welche Sprache soll ich erdenken, an ein Ohr zu sprechen, das mich einst so wohl verstand?" — Tränen ließen sie nicht weiter reden, und auch Kätchen weinte bitterlich. Voll von Schmerz und Ueberraschung faßte Gustav ihre kalten Hände und richtete sie auf; er sah sie an — wie schmerzlich war ihm ihr Anblick! Ihre Wangen waren bleich und eingefallen, die schönen Augen lagen tief, und der Mund, der sonst nur zum Lächeln geschaffen schien, zeigte, daß er jenes süße Lächeln längst nicht mehr kenne. Das schwarze Haar, das um die weiße Stirn hing, und das bleiche Gesicht vollendeten das Gespenstische ihres Anblicks.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080123-14/fragment/page=0002

1806. Lediglich das restierende Zwanzigstel des Artikels bezog sich auf die Gegenwart. Das Gericht aber erklärte schlankweg, auf die historischen Ausführungen des Artikels lege es keinen Wert. Bekanntlich wurde in dem Artikel das Memeler Denkmal als Schandsäule bezeichnet. Der Ausdruck ist Sache des Geschmacks; aber auf das allerentschiedenste muß ich dagegen protestieren, daß das Gericht in diesen Sätzen eine Majestätsbeleidigung gesehen hat. Das Königsberger Gericht machte es zwar nicht, wie die Breslauer Gerichte, die aus der historischen Kritik verstorbener Hohenzollern eine Majestätsbeleidigung destillierten, sondern schlug einen Umweg ein, um die Verurteilung eines politischen Gegners zu erreichen. Es erklärt: indem die Denkmals-Enthüllung als Tragikomödie bezeichnet wird, werden alle Personen beleidigt, welche an diesem Akte teilgenommen haben. Von einem Gerichte, das einen solchen Umweg wandelt, kann man auch ohne weiteres annehmen, daß es stets geneigt sein wird, dem politischen Gegner Böswilligkeit zu unterschieben. Nach der Logik des Königsberger Gerichtes machen sich übrigens alle Personen einer Majestätsbeleidigung schuldig, die das ganze menschliche Leben als Tragikomödie bezeichnen, da zur Menschheit doch auch der König gehört. (Heiterkeit und Sehr wahr! bei den Soz.) Für unsere Tage ist es bezeichnend, daß die liberale Königsberger Hartungsche Zeitung die Denunziantin spielte. (Hört, hört! bei den Soz.) — Wir verkennen nicht die Absicht der Regierung, die Majestätsbeleidigungs-Prozesse einzuschränken. Aber mit so vagen Begriffen wie „Böswilligkeit" werden Gerichten wie dem Königsberger stets die Handhaben zur Erdrosselung unbequemer Kritik gegeben. Nur eine völlige Aufhebung des Paragraphen, wie unser Antrag sie verlangt, vermag die Freiheit des Wortes zu sichern. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Wenn wir die Beleidigung einheimischer Herrscher straffrei lassen wollten, müßten wir auch die straffreie Beleidigung fremder Herrscher gestatten. Dadurch würde aber das Ansehen Deutschlands im Auslande herabgesetzt werden. (Lachen bei den Soz.) Ich erkläre ausdrücklich, daß es den verbündeten Regierungen durchaus fern liegt, die Angehörigen verschiedener Parteien mit ungleichem Maß zu messen.

Abg. **Osann** (natlib.): Die Sozialdemokratie ist nie zufrieden zu stellen. Der Artikel in der Königsberger Volkszeitung enthielt die schärfsten Beleidigungen der Königin Luise. (Zuruf bei den Soz.: „Aber doch nicht des Königs.") Zunächst der Königin Luise. (Stürm. Heiterkeit bei den Soz.) Die Tendenz des Artikels (Aha, aha! und Gelächter bei den Soz.) war auf die Herabsetzung der Königin Luise und aller Teilnehmer an der nationalen Denkmals-Enthüllung gerichtet. (Zuruf bei den Soz.: „Sie kriegen einen Orden!" — Heiterkeit.) Ich habe gar keine Sehnsucht nach einem Orden. (Ungläubiges Kopfschütteln bei den Soz.) Warum hat denn keine andere Presse unter dem Majestätsbeleidigungs-Paragraphen zu leiden, sondern immer nur die sozialdemokratische? (Zurufe bei den Soz.: „Köstliche Naivität" — und schallendes Gelächter.) Man kann doch den Monarchen auch maßvoll kritisieren. (Bravo! bei den Natlib.)

Abg. **Graef** (Wirtsch. Vgg.) jubelt unter dröhnendem Beifall der Rechten über das Königsberger Urteil.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Freis. Volksv.): In England gibt es seit fast einem Jahrhundert keine Majestätsbeleidigungs-Prozesse mehr. Das kommt von der politischen Freiheit in England. — Der Ausdruck „Schandsäule" war geschmacklos. Es ist aber immer mißlich, auf Grund der Kritik verstorbener Vorfahren regierender Fürsten Majestätsbeleidigungs-Prozesse anzustrengen. Daß Joachim I. von Brandenburg seine Kurstimme verkauft hat, steht nun einmal fest. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir betrachten diese Vorlage immerhin als den ersten Schritt zur Besserung und stimmen deshalb für sie. (Beifall bei den Freis.)

Abg. Dr. **Wagner** (kons.): Im sozialdemokratischen Zukunftsstaate wird es einen noch schärferen Majestätsbeleidigungs-Paragraphen geben. (Anhaltendes Gelächter links.) Trotz der autoritären Bedenken eines Teils meiner Freunde wollen wir für die Kommissionsfassung stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. **Wellstein** (Zentr.) erklärt sich gegen den Antrag Albrecht auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen.

Abg. **Heine** (Soz.): Ich konstatiere mit großer Befriedigung, daß der Abg. Osann ganz ausdrücklich, wenn auch nicht ganz freiwillig, zugestanden hat, daß es sich bei dem Königsberger Prozeß um einen Tendenz-Prozeß allerschlimmster Art handelte. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Im übrigen ist die Verurteilung nicht, wie Herr Osann meinte, wegen Beleidigung der Königin Luise erfolgt, sondern das Gericht ist auf den oben erwähnten Schleichwegen zu seinem Urteil gelangt. Der Beifall, den Herr Osann der Tendenzjustiz spendete, zeigt, wie hoch bedenklich das vorliegende Gesetz ist. Was hilft es, ein paar Buchstaben zu ändern, wenn der Geist der Justiz derselbe bleibt? Wenn wir Richter haben, die sich rühmen, Mitglieder des gehässigen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu sein? Wehe meinen Parteigenossen, die in die Hände solcher Richter fallen. (Stürm. Zustimmung b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding** entrüstet sich unter dem Beifall der Nationalliberalen und der Rechten über den Ausdruck „Schleichwege".

Abg. **Roeren** (Zentr.): Aus einer Kritik historischer Vorgänge, mag diese Kritik auch geschmacklos und übertrieben sein, eine Majestätsbeleidigung herzuleiten, ist immer hoch bedenklich. (Sehr wahr! links und im Zentr.) Wir stimmen für die jetzige Vorlage, weil sie immerhin eine Verbesserung bedeutet.

Abg. **Graef** (Wirtsch. Vgg.): Der Abg. Heine scheint nicht gemeint zu haben, als er von gehässigen Richtern sprach. (Zuruf bei den Soz.: „Wem der Schuh paßt, zieht ihn sich an.") Ich gehöre aber gar nicht zum Reichsverband. (Zuruf bei den Soz.: „Na, also!") Nach der Rede des Herrn Heine werde ich allerdings dem Reichsverband beitreten.

Abg. **Heine** (Soz.): Wenn meine Rede den Herrn Graef zur Offenbarung seiner innersten Natur gebracht hat, so kann ich mich darüber nur freuen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Nach Ablehnung des Antrags Albrecht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird ebenfalls gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Vorlage in der Kommissionsfassung angenommen.

Das bisher sehr stark besetzte Haus beginnt sich zu leeren. Es folgt die erste Beratung des

Scheckgesetzes.

Die Abgg. **Racken** (Zentr.), **Arnold** (kons.) und **Weber** (natlib.) billigen den Grundgedanken des Gesetzes, tragen einige Bedenken vor, und wünschen Kommissions-Beratung.

Abg. **Frank** (Soz.): Die Arbeiter haben ein geringes Interesse an der Vorlage, ebensowenig wie jeder Arbeiter Sonntags sein Huhn im Topfe hat, hat er ein Scheckbuch im Schranke. Im übrigen bringt die Vorlage unserer Volkswirtschaft Vorteile und so werden wir für sie stimmen, eventl. sogar ohne Kommissionsberatung, obwohl wir dem Antrag auf Kommissionsberatung nicht widersprechen wollen. Wir hoffen aber, daß sich nicht hier die amerikanische Gewohnheit einbürgern werde, die Arbeiter in wertlosen Schecks zu bezahlen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Raab** (Wirtsch. Vgg.) hofft und fürchtet nichts von dem Gesetze.

Die Abgg. **Mommsen** (Freis. Vgg.) und **Wagner**-Württemberg (Deutsche Volksv.) sind für die Vorlage.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Sozialdemokratische Wahlrechts-Interpellation und Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Schluß 6 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Sächsische Staatsrettung.

Wie Staat und Polizei den Arbeitswilligen und Unternehmern beispringen, davon gibt ein Streik der Bauarbeiter auf der großen Gußstahlhütte in Döhlen bei Dresden wieder drastische Beispiele. Wie immer, wenn irgend in Dresden oder Umgebung die Maurer in einem Kampfe mit einem Unternehmer stehen, über einen Bau die Sperre verhängen, da erscheint die Dresdener Arbeitswilligenkolonne mit ihrem Führer, einem mißglückten Bauspekulanten, auf dem Plan, um im Trüben zu fischen. Diese Kolonne lebt von systematischem Streikbruch. Auch in Döhlen hat sie sich erboten, den Retter in der Not zu spielen.

Diese Leute werden morgens in einem besonderen Eisenbahnwagen von Dresden nach Deuben transportiert, dort von der Polizei in Empfang genommen und nach der Hütte spediert. Der Heimweg vollzieht sich ebenso.

Und dabei handelt es sich bei dem Kampf nicht etwa um Forderungen der Streikenden, sondern um einen Abzug, den die Direktion in der jetzigen teuren Zeit machen wollte. Die schwarze Kolonne bekommt sogar 58 Pfg. pro Stunde, während die gut eingerichteten Maurer, die jahrelang auf der Hütte gearbeitet haben, 42—45 Pfg. erhielten.

Der Direktor erklärte, auf einige Tausend Mark käme es ihm in diesem Fall nicht an.

Ein echter Scharfmacher, dieser Herr Direktor, und das wird noch indirekt von Staat und Polizei unterstützt — natürlich „im Interesse der Ordnung und Sicherheit des Staates".

Lohnbewegungen und Streiks. Sämtliche Schiffbauer sowie die Hilfsarbeiter der Schiffswerft Kubler resp. Muggelberg in Ketschendorf bei Fürstenwalde haben die Arbeit niedergelegt. — Der Streik der Metallarbeiter in der Motorfahrzeug-Fabrik in Reinickendorf dauert unverändert fort. — Auch der Streik in der optischen Werkstatt O. K. Rixdorf in Berlin dauert fort. Jedes Arbeitsangebot dieser Firma ist abzulehnen. — Ueber 90 Prozent der Baumwollspinnereibesitzer von Lancashire haben ihren Arbeitern für den 25. d. M. gekündigt, doch sind Verhandlungen im Gange und schon so weit vorgeschritten, daß eine Einigung unmittelbar bevorzustehen scheint.

Die Grubenherren provozieren! Die Erregung über das Knappschafts-Zwangsstatut ist unter den Bergleuten im Ruhrrevier noch immer eine gewaltige. Nur mit allergrößter Mühe ist es bisher den Arbeiterführern gelungen, die Arbeiter vom Streik zurückzuhalten. Die Grubenprotzen aber wollen die Arbeiter in den Kampf treiben! Auf einigen Zechen wurden Lohnreduzierungen von 5—30 Pfg. pro Gedinge vorgenommen! Die durch nichts berechtigte Maßnahme der Unternehmer kann das Maß zum Ueberlaufen bringen. Voll genug ist es schon!

Zur gewerkschaftlichen Einigung. Die Staaker in Berlin beschlossen am Sonntag, die Konferenzbeschlüsse ihrer Vereinigung anzuerkennen, sie werden am 1. März zum Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter übertreten. Auch durch die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend wurden die Konferenzbeschlüsse gegen drei Stimmen angenommen.

Der Achtstundentag in den Kruppschen Werken in Essen. Nachdem vor einiger Zeit in den Lafettenwerkstätten die achtstündige Arbeitszeit eingeführt worden ist, wurde jetzt auch in mehreren Kanonenwerkstätten die Arbeitszeit wegen nachlassender Beschäftigung auf acht Stunden reduziert. In den in Frage kommenden Werkstätten wird ausschließlich kleinkalibriges Geschützmaterial bearbeitet. Das klingt fast so, als wenn der Achtstundentag bei gleichbleibender Entlohnung eingeführt worden wäre, in Wirklichkeit ist aber die Arbeitszeit wegen „nachlassender Beschäftigung" auf acht Stunden gekürzt worden.

Die fehlgeschlagene Textilarbeiterbewegung von Krefeld hat unter den Textilern dort eine furchtbare Erbitterung hervorgerufen, welche noch lange anhalten dürfte. Am Sonntag hielten die Fabrikausschüsse eine Versammlung ab, in welcher wieder gegen die Verbandsfunktionäre zu Felde gezogen wurde. Nicht daß man den schlechten Organisationsverhältnissen der Stoffweber die Schuld an dem unerfreulichen Ausgang der Bewegung gab, im Gegenteil: man blies sogar Loblieder auf die Unorganisierten. Der Stoffweber Schäfer erwähnte, daß im Jahre 1898 erklärt worden sei, die Weber wären zu schlecht organisiert, deshalb wäre nichts zu machen. Im Laufe der Jahre hätten die Stoffweber die Organisation im Auge behalten und konnte man auf einen Erfolg rechnen. Aber die Führer hätten die Sache verschleppt, die Stadtverordnetenwahlen, dieser Klimbim, wäre erst mitgemacht worden, dadurch vertrödelte man die Zeit. Durch diese Verzögerung sei die Niederlage herbeigeführt worden. Aber den Führern sei es von Anfang an nicht Ernst mit der Bewegung gewesen, diese Herren hätten die Weber verraten, das liege klar zutage. Der Vorsitzende der Filiale des Textilarbeiterverbandes wies die Angriffe auf die Verbandsleitung zurück. Es sei gar nicht wahr, daß durch die Stadtverordnetenwahl die Sache verzögert worden sei, vielmehr waren es die Stoffweber selbst, welche ein Losschlagen verhinderten, durch die vielen Unorganisierten. Die Bürgerlichen in Krefeld können lachen. Unfriede verzehrt.

Der Deutsche Bergarbeiterverband, Bezirk Bernburg-Bitterfeld, zählt zurzeit weit über 2000 Mitglieder. Im letzten Jahre war eine Mitgliederzunahme von 930 zu verzeichnen. Neue Zahlstellen wurden gegründet in Bleckendorf, Eigersleben, Gatersleben, Germersleben, Hakeborn, Löderburg, Pömmelte, Westeregeln und Wolmirsleben.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hält am 17. Februar in Hannover seine Generalversammlung ab. Es soll bei dieser Tagung u. a. festgestellt werden, wie sich die Wirkung der Tarifsvertragskündigungen geltend gemacht hat, und wie sich die Verhandlungen über den Abschluß der neuen Verträge gestaltet haben. In der Generalversammlung wird sicher fleißig der Schleifstein gedreht werden.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle, 20. Januar 1908.

Einen Brikettstein als Wurfgeschoß benutzte eines Tages ein Geschirrführer seinem Arbeitskameraden gegenüber, weil letzterer bei dem Entladen einer Lore Brikettsteine nicht seine Schuldigkeit getan hatte. Anstatt mit zu arbeiten, so sagt der Geschirrführer, sei der böse Kamerad in eine Kneipe gegangen und habe „kräftig einen genommen". Dann sei er betrunken nach der Arbeitsstätte gekommen und habe seinen Lohn verlangt. In der Erregung über diese Unverschämtheit habe er den Kameraden ausgeschimpft und ihn dann mit einem Brikettstein gegen den Kopf geworfen. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Täter wegen Körperverletzung und Beleidigung 35 M. Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 5 Mark Geldstrafe, da der Angeklagte zu der Tat schwer gereizt worden ist.

Dummejungenstreiche hatten ein Arbeitsbursche, zwei Lehrlinge und ein Schulknabe im November v. J. begangen, die wegen Diebstahls und Hehlerei unter Anklage standen. Die Jungen hatten aus dem Automaten eines Kaufmanns in der Saale-Zeitungs-Passage einige Groschen und einem Kaufmann in der Schmeerstraße eine Reihe Kleinigkeiten, Puddingpulver, Toilettengegenstände, Mundpillen und eine Flasche Wein entwendet. Die Angeklagten weinten und beklagten ihr Tun. Sie wurden bedingt zu zwei Wochen, einer Woche und Verweisen verurteilt.

Kleine Chronik. Ein Arbeiter hatte am 27. November v. J. seine Frau und Tochter derartig verprügelt, daß vor seiner Behausung eine Menschenansammlung entstand. Wegen seiner Rüpelei, worin nur eine Verübung groben Unfugs erblickt wurde, muß der Mann drei Mark bezahlen. — Weil sie ihrer Freundin aus dem Portemonnaie fünf Mark weggenommen hat, muß eine Wirtschafterin, die bereits vorbestraft ist, drei Wochen Gefängnis verbüßen. — Ein schlesischer Arbeiter, der erst kürzlich einen Monat Gefängnis erhielt, weil er einen Arbeiter um eine Fahrkarte beschwindelte, wurde zu einer Zusatzstrafe von einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er einem Logiskameraden mehrere Kleidungsstücke weggenommen hat. — Freigesprochen wurde ein junger Tischler, der von seinem Meister beschuldigt worden war, aus der Gesellschaftskasse ganze 25 Pfennnig weggenommen zu haben. — Von der Anklage der Kuppelei freigesprochen wurde eine alte Dame, die hier eine Spielwirtschaft betrieben hat und durch ihr Tun der Unsittlichkeit Vorschub geleistet haben sollte. Die Verhandlung entzog sich wegen Sittengefährdung der Oeffentlichkeit. — Ein Schulknabe aus einem Nachbardorfe stieg eines Tages in eine Kirche ein und entwendete aus dem Opferstock einen Geldbetrag. Der zwölfjährige Bursche wurde von der Strafkammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Um ein Pappenschild im Werte von etwa 10 Pfg. hatte sich ein junger Bahnbeamter eine Anklage wegen Sachbeschädigung zugezogen. Er soll am Morgen des 15. Dezember gegen ¼5 Uhr, als er vom Nachtdienst kam, ein Schlachtefestschild seiner Nachbarin zerrissen haben. Die Nachbarin, ein altes Fräulein, betreibt im Hause, wo der Angeklagte wohnt, ein Viktualiengeschäft und lebt mit dem jungen Manne in Fehde. Sie will ihn mit Bestimmtheit als den Täter erkannt haben. Er dagegen bestreitet mit Entschiedenheit, der Täter gewesen zu sein. Beantragt wurde wegen Sachbeschädigung eine Geldstrafe von 15 Mark. Erkannt wurde auf fünf Mark Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

J. St., Leinefelde. Soviel uns bekannt ist, hat der Betreffende seine Parteizugehörigkeit aus ganz anderen Gründen aufgegeben. Eisleben hat auch ohne ihn noch einige Leute, die wirklich im Interesse der Partei arbeiten.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Grosser

Räumungs-Ausverkauf.

Geschäftshaus

Wir überbieten nach wie vor Alles!

J. Lewin

Halle a. Saale, Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080123-14/fragment/page=0003

Stadt-Theater Halle

Direktion: Hofrat M. Richards.

Donnerstag den 23. Januar:
Anfang 7 Uhr:
125. Ab.-Vorstellung. 1. Viertel.
Umtauschkarten gültig.

Die Walküre.

Handlung in 3 Aufzügen von Richard Wagner.
Erster Tag aus der Trilogie: „Der Ring des Nibelungen".
Anf. 7 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Freitag den 24. Januar:
126. Ab.-Vorstellung. 2. Viertel.
Umtauschkarten gültig.

Die Rabensteinerin.

Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbruch.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller.

Bombenvolle Häuser u. stürmischen Beifall

erzielt das jetzige Programm mit der Welt-Sensation:

Master Link,

der vierhänd. Schauspieler.

Ist das ein

Affe oder **Mensch?**

Das ist die Frage aller, die **dieses Phänomen** anstaunen!

Master Link ist ein **neues Welträtsel!**

Außerdem: **Mlle. Lorette**
m. ihrer entzückend. Novität:
„Ein Jagdtag".

Darstellung von Jagdszenen
mit d. preisgekr. Setter „Ben".

8 Biseras
Tromp.-Damen-Ensemble.

Narow Br.
großartig. burlesquer Radfahr-Akt. **Kopfsprung** über 5 Mtr. weit, mitten in das Publikum! Eine einzig dastehende Leistung!

La Beauté-Ensemble
Damen-Wettkämpfe in d. Luft.
Amerik. Sports-Sensation.
u. d. übrig. Glanznummern.

Erprobtes Hustenmittel
ist mein selbstgekochter, schwarzer
Johannisbeersaft.
Karl Krütgen,
Universal-Drogerie.
Merseburgerstraße.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren-Magazin
der
Vereinigt. Tischlermeister,
Kleine Steinstraße 6,
empfehlen ihre Fabrikate zu festen und soliden Preisen.

Maskenball-Kappen,
Guirlanden, Bockbiermützen,
Dtz. schon von 20 ₰ an bei
H. Schöber, Zeitz, Unt. Steingraben.
Buchbinderei, Leihbibliothek.

Für
Schuhwarenhändler
empfehle
mein großes Lager in
Filzschuhen u. Pantoffeln
zu außerordentlich billigen Engros-Preisen.
H. Elkan
Kaufhaus Halle a. S.,
Leipzigerstr. 87.

Der grosse

Inventur-Ausverkauf

beginnt heute, Mittwoch, den 22. Januar.

Es kommen zum Verkauf:

Haushaltwaren, Porzellan, Tassen, Kaffeeservice, Speiseservice, Weingläser, Biergläser, Paneelbretter, Servierbretter, Ledergürtel, Federfächer, Nippsachen, Tafelaufsätze, Broschen, Blumenvasen und viele andere Waren.

Die Preise sind enorm herabgesetzt um schnellstens zu räumen.

C. F. Ritter, Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Süssmilchs

Walhalla-Theater

Jeden Abend 8 Uhr:

Elite-Spezialitäten-Vorstellung.

10^15
„Die kleine Rakete."

Von heute ab bis auf weiteres nehme ich pro Billett je einen **Fahrschein der Stadtbahn Halle,** welcher auf Teilstrecke Walhalla lautet, bei Lösung einer Einlasskarte an der Abendkasse **mit 10 Pfg. in Zahlung.** Diese Vergünstigung wird selbstverständlich nur an den Werktagen, jedoch für alle Plätze gewährt.

Georg Süssmilch, Direktor und Eigentümer.

Zeitz. Freie — **Zeitz. Radler**

Sonnabend den 25. Januar 1908, abends 7½ Uhr,
in der „Zentralhalle"

Maskenball

mit verschiedenen **Aufführungen.**

Mitglieder erhalten Einlaßkarten bei Schneider, Kalkstraße 4.

R. Gottschalck's
Masken- und Theatergarderoben-Verleih-Institut
jetzt nur Grosse Wallstrasse 7,
hält seine reichhaltige Auswahl neuer feiner Herren- und Damen-
Masken-Kostüme
bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Schmeerstr. 4. Zigarren. Schmeerstr. 4.
Wer probt — lobt meine hochf. 4-Pfennig-Qual.-Zig. Nr. 41. 5 Pfennig Pflanz. Spezial-Marke Nr. 50, Sumatra mild Nr. 53, Mexico Nr. 54 und diverse edle Gewächse in allen Preislagen.
Schmeerstr. 4. Inh.: Wiedemann. Schmeerstr. 4.

Achtung! Gasarbeiter. Achtung!

Freitag, den 24. Januar abends 6½ Uhr
im Lokal „Goldene Kette", Alter Markt 11

öffentl. Gasarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:
„Protest gegen das Gebaren der bürgerlichen Stadtverordneten gelegentlich der Beratung des Antrages Thiele."
Arbeiter der Gasanstalten! Erscheint Mann für Mann!

Achtung! Achtung!

Teutschenthal-Röblingen.

Sonntag d. 26. Jan. nachm. Punkt 3½ Uhr i. d. Fortuna zu Teutschenthal, abends Punkt 7½ Uhr im „Reichskanzler" zu Unterröblingen a. S.
grosse öffentliche

Frauen-Versammlungen.

Referentin: Genossin **Ottilie Bader-Berlin.**
Zahlreichem Besuch von Frauen und Männern in beiden Versammlungen sieht entgegen
Die Kreisleitung.

Oeffentliche Frauenversammlungen

Am Donnerstag den 23. Januar abends 8½ Uhr:

Luckenau — Gasthof des Herrn Herzog. Ref.: Genossin Zietz-Hamburg.
Weissenfels — in der „Zentralhalle". Ref.: Genossin Tietz-Berlin.

Am Freitag den 24. Januar abends 8½ Uhr:

Zeitz — Restaurant „Zur Reichshalle". Ref.: Genossin Zietz-Hamburg.
Steckelberg — Gasthof des Herrn Fuchs. Ref.: Genossin Tietz-Berlin.

Am Sonnabend den 25. Januar abends 8½ Uhr:

Kretzschau — Restaurant des Herrn Nucke. Ref.: Genossin Zietz-Hamburg.
Döbris — Gasthof des Herrn Müller. Ref.: Genossin Tietz-Berlin.

Bitterfeld.

Sonnabend den 25. Januar abends ½9 Uhr
im „Restaurant Hohenzollern"

gr. öffentl. Versammlung

aller versicherten Arbeiter von Bitterfeld.

Tagesordnung: **Die Gemeinde-Krankenversicherung und die Ortskranken-Kassen.** Debatte. Referent: Bezirks-Sekretär **Undeutsch-Magdeburg.**
Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig!
Der Einberufer.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Normal-Hemden
Barchent-Hemden
Arbeits-Hosen
empfiehlt zu allerbilligsten Preisen,
Kindermäntel
extra weit, von 6.50 M. an
M. Gottheil,
Gr. Klausstr. 9.

Restaur. z. goldenen Ross
Georgstrasse 13.
Donnerstag, den 23. Jan.:
Bockbier u. ff. Speckkuchen
wozu frdl. einladet **Clara Lausch.**

Blauer Stern, Theissen.
Sonnabend, Sonntag u. Montag, den 25., 26., 27. Januar 1908
Grosses Bockbierfest
Gesangs- u. hum. Vorträge v. d. bekannten u. beliebten Ensemble **Hugo Bianck, Leipzig.**
Jed. Tag. neues Progr.
Mützen und Rettich gratis!
Freunde und Gönner sind frdl. eingeladen. **Emil Boettcher.**

Crimmlitz. Crimmlitz.
Zur Waage.
Sonntag, den 26. ds. Mts.
Kaffee-Kränzchen
mit ff. Pfannkuchen.
Hierzu ladet frdl. ein
Richard Götze.

Rumsdorf.
Sonntag, den 26. Januar
Kränzchen
des „Bergmannsvereins" Rehmsdorf u. Umgegend.
Hierzu ladet freundlichst ein
Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.
Ohne Karte kein Zutritt!

Weissenfels, Stadt Naumburg
Morgen Donnerstag:
Schlachtefest.
Um 12 Uhr: **Wellfleisch.**
Max Reichardt.

Ein Walzertraum
auf dem
Grammophon
in Original-Besetzung.
Vorführ. jederzeit bereitwilligst.
Albert Hoffmann,
am Riebeckplatz.

Hustenmittel!
als:
Bayrisch Malz,
Althee-Bonbon,
Zwiebel-Bonbon,
Eucaliptus-Bonbon,
Tee-Bonbon
empfiehlt billigst
Rob. Schirmer,
Tornows Nachf.
Zuckerwaren-Fabrik,
Leipzigerstraße, Kurze Gasse,
Mansfelderstraße 43.

Sohlleder-Ausschnitt,
Mass- und Lagergeschäfte.
F. Koah, Lederhandlg.
Halle a. S., Gr. Klausstr. 7.

Dienstag den 21. d. M. früh 7 Uhr schied aus einem sorgenvollen Leben mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Groß- und Urgroßvater, der **Maschinist**

Wilhelm Wilsdorf

im noch nicht vollendeten 78. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr vom Südfriedhofe aus statt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallerschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080123-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 19. Halle a. S., Donnerstag den 23. Januar 1908. 19. Jahrg.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 22. Januar.

Die Arbeiter rühren sich.

Auf die unerhörten Anschuldigungen des ehemaligen Erbauers des Volksparkes, Baumeister Giese, der die Arbeiter Faulenzer nannte, und der sonderbaren Rechnungsmethode des Bürgermeisters v. Holly, sowie das ganze Verhalten der Mehrheit des Stadtparlaments in der Frage der Bezahlung der Wochenfeiertage, finden wir es als recht und billig, daß für Freitag abend 6 Uhr die Gasarbeiter in der Goldenen Kette eine öffentliche Protestversammlung einberufen haben, in der Stellung zu den Vorgängen im Stadtverordnetenkollegium genommen werden soll. Um aber auch eine wirkliche Protestversammlung zu haben, ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Gasarbeiters, der nicht durch Krankheit gehindert ist, in diese Versammlung zu kommen. Das ist um so leichter, da die Versammlung abends 6 Uhr stattfindet.

Wer sich also diese vom Stadtparlament ihm verabreichte moralische Backpfeife nicht gefallen lassen will, hat in der Versammlung da zu sein. Nur Feiglinge lassen sich ohne Widerspruch solche Behandlungsweise gefallen.

Die liberale Aera in der Saalezeitung.

Wie wir vor kurzem berichteten, wurde anläßlich der Verschmelzung der Allg. Ztg. mit der Saalezig. sämtlichen Setzern gekündigt mit dem Bemerken, daß alle Gekündigten um ihre Neueinstellung nachsuchen könnten. Man wollte, wie wir schon damals ausführten, eine Auslese halten. Daß man aber den neu einzustellenden Arbeitern den Hungerriemen enger schnallen würde, hätten selbst wir, die wir gewiß keine Optimisten sind, nicht für möglich gehalten. Denn das ist tatsächlich geschehen, wie uns aus Buchdruckerkreisen mitgeteilt wurde. Während das Personal der Allg. Ztg. vollzählig behalten bezw. wieder eingestellt wurde, stellte man an mehrere Setzer der „liberalen" Saalezig. das unerhörte Ansinnen, für ein billigeres Geld zu arbeiten. Alle die Setzer, die diesem Ansinnen nachkamen, wurden weiter beschäftigt, die andern aber, die sich eine so schön umschriebene Lohnreduzierung nicht gefallen ließen, konnten ihr Bündel schnüren und über die in der Saalezig. herrschende liberale Aera tiefsinnige Betrachtungen anstellen, bis sie vielleicht der Hunger mahnt, daß man von solchen Betrachtungen und solchen liberalen Anwandlungen nicht leben kann. Die Lohnreduzierungen sind ganz erhebliche. So wurde dem Korrektor, der schon 15 Jahre bei Hendel tätig ist, sein Lohn von 35 auf 30 Mark verkürzt, den Setzern von 33 bezw. 32 Mk. auf das Minimum, 27,50 Mk. Und das angesichts der teuren Lebensmittelpreise, angesichts der drohenden Steuererhöhung, angesichts dessen, daß infolge der von der Saalezig. so warm verteidigten Hottentottenblockpolitik die Lebenshaltung der Arbeiter immer schwieriger wird.

Man wird einwerfen können, die Arbeiter hätten sich das nicht gefallen lassen sollen, da sie infolge der kraftvollen Buchdruckerorganisation sich gewiß dieses Angriffs auf ihren schwer errungenen Lohn erwehren konnten. Aber da siegt der Hase im Pfeffer. Wir bezweifeln stark, ob die Organisation hier kämpfend eingegriffen hätte, denn die Bezahlung ist ja noch tarifmäßig, und gegen eine solche Lohnreduzierung ist im Tarif, der von allen Seiten als ein großer Kulturfortschritt bezeichnet wurde, nichts vorgesehen. Was aber nicht gegen den Tarif verstößt, muß hingenommen werden, und wenn auch die davon Betroffenen materiell noch so schwer geschädigt werden. Ja, die Vorstandschaft des hiesigen Ortsvereins des Verbandes deutscher Buchdrucker hat es bis jetzt noch nicht einmal für nötig befunden, ein derartiges Gebaren der liberalen Saalezig. dem einzigen Verfechter der Arbeiterinteressen am Orte, dem Volksblatt, mitzuteilen. Soll diese Vertuschungspolitik als würdiges Gegenstück zu dem neuen Kurs der liberalen Aera in Halle gelten? Mit Recht sind die Verbandsmitglieder darüber erzürnt, daß das Volksblatt bis jetzt noch nichts von diesem fainen finanziellen Kunstgriff, der sich die Not der Arbeiter zu nutze macht, an die Oeffentlichkeit gebracht hat. Aber dieser berechtigte Zorn mag die treffen, die solches verabsäumt haben.

Achtung, Metallarbeiter aller Branchen!

Am 21. d. Mts. beschlossen die Arbeiter der Waffen-, Fahrrad- und Kriegsfahrzeugfabrik von Simson u. Ko. in Heinrichs bei Suhl den Streik, weil 40 Kollegen von der Firma gemaßregelt wurden. Es wird dringend ersucht, Solidarität zu üben.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

* **Der Arbeitervertreterverein** hält seine nächste Sitzung am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Englischen Hof, Großer Berlin, ab.

* **Die Droschkenkutscher** faßten in ihrer letzten Versammlung den Beschluß, eine Petition auszuarbeiten, in welcher gegen die im Juni d. Js. in Kraft getretene Verordnung für das Droschkenfuhrwesen protestiert werden soll.

Der Beschluß wurde deshalb gefaßt, weil auf Grund jener Verordnung die Polizeistrafen derart überhand nehmen, daß die Droschkenkutscher sich in ihrer Existenz bedroht sehen. Betreffende Petition soll im Bureau der Transportarbeiter, Harz 42-43 H. II, zum Unterzeichnen ausgelegt werden. Jeder Droschkenkutscher, auch der kleine Besitzer, wird ersucht, dieselbe in seinem eigenen Interesse zu unterschreiben.

Nach Schluß der Auslegung soll die Petition dem Stadtverordnetenkollegium unterbreitet werden, nachdem dieselbe zuvor einer weiteren Droschkenkutscher-Versammlung zur Kenntnis gebracht worden ist. Der Tag der Auslegung wird an dieser Stelle in nächster Zeit bekannt gegeben werden.

* **Eine öffentliche Versammlung der Arbeiter im Bauberufe** beruft das Gewerkschaftskartell, wie aus dem Inseratenteile der heutigen Nummer hervorgeht, zum Freitag, den 24. Januar, abends 1/26 Uhr, nach dem Weißen Roß, Geiststr. 5, ein. Da in dieser Versammlung die Einigungsverhandlungen der Zimmerer-Organisationen zur Verhandlung stehen, darf wohl ein zahlreicher Besuch erwartet werden.

* **Gemeindearbeiter.** Die Generalversammlung findet am nächsten Sonntag wegen des am abend im Volkspark arrangierten Lichtbildervortrages bereits nachmittags 1/23 Uhr im Vereinslokal, Goldene Kette, Alter Markt, statt. Diese Zeit ist insofern günstig, als es sowohl den abends zur Schicht gehenden Arbeitern, wie auch den auswärtigen Mitgliedern möglich ist, diese Versammlung zu besuchen. Und gerade letztere möchten wir besonders ersuchen, recht zahlreich zu erscheinen, weil ihnen sonst selten Gelegenheit geboten ist, an den Versammlungen teilzunehmen und weil die Tagesordnung eine so reichhaltige ist, daß ein Besuch dringend notwendig ist.

* **Geschäftsleute, aufgepaßt!** Ein in den 20er Jahren stehendes Mädchen scheint hier ein Gastspiel in Schwindeleien zu geben. Auf der Leipzigerstraße verstand die sicher auftretende Maid bei einem Schuhmacher ein Paar Stiefeletten herauszuschwindeln, indem sie angab, im Auftrage einer Hotelköchin zu kommen. Sollte das nicht dieselbe Schwindlerin sein, die vor kurzem auf der Ulrichstraße ein Delikatessgeschäft um eine Gans und Wurstwaren, die sie angeblich für eine Restaurateursfrau holen sollte, erleichterte?

* **Seinen Verletzungen erlegen** ist der Arbeiter, der am Freitag beim Holztragen auf der Leipzigerstraße in einem Hause die Kellertreppe hinabstürzte und einen Schädelbruch davontrug.

* **Ein ungetreuer Fridolin.** Ein bei einem Zahntechniker angestellter 28 Jahre alter Mann sollte von der Bank 400 Mk. holen. Das Geld hat er zwar erhoben, aber damit das Weite gesucht. Das ist ein so törichter Streich, den eigentlich nur ein dummer Junge verüben könnte, nicht aber ein erwachsener Mann.

* **Die Verbrecher sind eruiert,** nicht aber die Eigentümer der gestohlenen Gegenstände. Die vor kurzem hier verhafteten zwei Einbrecher sind als die „Arbeiter" Bockisch und Mühlbeck ermittelt worden. Noch nicht ermittelt ist aber eine Frauensperson, mit der die beiden operiert und die als Spionin die Diebesgelegenheiten ausfundschaftete und dann wahrscheinlich die Beute verßlberte. Bei den beiden schweren Jungen, die übrigens einige Einbrüche eingestanden haben sollen, wurden neben diversen „Handwerkszeug" wie Dietriche und Stemmeisen, auch noch folgende Gegenstände, die sicher aus noch nicht bekannten Diebstählen herrühren, gefunden: 1 kleine Nickeldose, Boden und Deckel aus dunkelblauem Achat mit weißen Streifen; 1 Glasperlenkette mit hellen und blauen Glasperlen und großen runden und länglichen Schmelzperlen; 1 gelbe Herrenuhrkette mit Ring und Karabinerhaken; 1 silberne Brosche mit dem Bildnis König Ludwig II. von Bayern, umgeben mit einem silbernen Eichenblattkranz; 1 breiter goldener Herrenring mit Marineflagge aus Emaille aufgelegt; verschiedenfarbige Steine aus Schmuckachen, darunter ein hellblauer mit Frauenkopf und Blume (Cameo), oval geformt; 1 braunlederne Brieftasche mit rotem Futter; 1 rotes juchtenledernes Zigarren-Etui, innen mit goldenen Buchstaben eingepreßt der Name „O. V. Borchert, Halle a. S., ein noch aufgeklebt gewesener Name ist entfernt; 1 brauner Taschenkalender mit der Jahreszahl 1908 und Anker und Herz, in Goldschrift auf dem vorderen Deckel eingepreßt, der Kalender ist vom Norddeutschen Lloyd herausgegeben; 1 dunkelbraunes Lederportemonnaie mit drausliegendem braunen ovalen Druckknopf; 1 Meerschaum-Zigarrenspitze, Jagdhundkopf mit Fasan in der Schnauze darstellend, mit Bernstein-Mundstück; 1 hellbraunes, mit aufgepreßten Kleeblättern versehenes Visitenkarten-Täschchen, innen mit braunseidenem Atlasfutter; 1 Fernglas mit schwarzem Gestell und vier aufklellbaren Linsen und 1 Spiegel; 1 kleine silberne Schlüsseluhr, innen mit den Zeichen J. K. 5.-7. Z. 1276 V. 5419 V. 581 V.; 1 silberne Herrenschlüsseluhr mit der Inschrift: „Echappemente Aiguilles 1501, 208."; 1 vierreihige Halskette aus weißen Schmelzperlen; 1 silberne Schmetterlingsbrosche; 4 neue weißleinene Herrenhemden, im Kragen eine auf besondere Leinewand rotgestickte 8 eingenäht, 2 weißleinene Taschentücher gez. A. B., 3 weiße Taschentücher mit breiten blauen Rändern mit weißen Punkten, gez. O. B. in weißer Schrift; 2 weiße Taschentücher mit breiten und schmalen gerippten Streifen, gez. B. mit rotem Kreuzstich; 2 weiße Taschentücher gez. E. R. im Monogramm; 1 weißes Taschentuch, rot gezeichnet mit H.; 1 weißes Taschentuch mit aufgeworfenen Streifen, gez. C. H.; in roter Schrift, 16 weiße Taschentücher ohne Zeichen. Da die Gegenstände hier oder auswärts gestohlen zu sein scheinen, wollen sich alle Personen, die über die Eigentümer Auskunft geben können, bei der Kriminal-Abteilung, Rathausstraße 19, Zimmer Nr. 63, melden.

* **Ein Stubenbrand** entstand gestern abend in der Taubenstraße 11. Das Feuer konnte jedoch vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden. Besonderer Schaden scheint nicht entstanden zu sein.

* **Ein Knochenfund** wurde bei den Ausschachtungsarbeiten zu einem Neubau am Advokatenweg gemacht. In geringer Tiefe wurden die Knochen mehrerer erwachsener Menschen, der Schädel eines Wolfes und Knochen anderer noch nicht festgestellter Tiere gefunden. Die Ansicht eines hiesigen Blattes, daß die Knochen aus prähistorischer, d. h. vorgeschichtlicher, Zeit stammen, dürfte unzutreffend sein. Viel leichter ist es zu erklären, daß diese Knochen aus nicht zu ferner Zeit stammen, wo die Wölfe in unseren deutschen Gauen häufiger waren als die Haushunde jetzt, z. B. nach dem 30jährigen Kriege.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Donnerstag abends 7 Uhr: Walküre. Freitag: Die Rabensteinerin. Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, zu bedeutend ermäßigten Preisen Sneewittchen und die sieben Zwerge. Sonnabend, abends 7½ Uhr: Die Regimentstochter mit Frau Erika Wedekind vom Hoftheater in Dresden als Gast. Am Sonntag nachmittag bei kleinen Preisen: Die lustige Witwe, abends 7½ Uhr Gastspiel Erna Fiebiger: Mignon.

Ammendorf, 22. Januar. (E. B.) Die hiesige Gemeindevertretung beschloß in ihrer Sitzung am 20. ds. Mts., der Halleschen Wach- und Schließ-Gesellschaft die Bewachung der gesamten Straßen und Plätze vom 1. Februar cr. ab zu übertragen.

Bruckdorf, 21. Januar. (E. B.) Heute morgen, gleich beim Anfange, hatte der Arbeiter Bornack aus Kanena das Unglück, auf der Grube Alwiner Verein, Bruckdorf, mit der rechten Hand in die Kette zu kommen. Zum Glück zerriß die Kleidung, sonst wäre es kaum möglich gewesen, demselben zu retten. — Am 19. Januar hatte ein anderer Arbeiter dasselbe Schicksal, und am 16. Januar hätte ein viel größeres Unglück passieren können, wenn nicht auch hier ein Glücksumstand das Malheur verhütete. Alle diese Fälle kommen aber nur her durch übermäßiges Ausnutzen der Arbeitskräfte, was leider heute an der Tagesordnung ist. Strafe zahlen, kann man jeden Tag hören. Die Arbeiter sollten dem mit einer straffen Organisation begegnen. Aber daran fehlt es hier leider noch.

Vebitz, 22. Januar. (E. B.) Von den Alimentationspflichten drücken, wollte sich der 19jährige Fleischer Karl Maiberg von hier, der mit einem jungen Mädchen ein Liebesverhältnis angeknüpft hatte, das nicht ohne Folgen geblieben war. Das Mädchen gebar Anfang April vor. Jahres ein Kind, dessen Vater Maiberg ist. Der junge Mensch drückte sich aber von der Alimentation, infolgedessen das Mädchen vor dem Zivilgericht in Könnern klagen mußte. Er soll nun versucht haben, auf einen Stallschweizer einzuwirken, damit dieser in dem Prozesse, der im Oktober vor. Js. spielte, zu seinen Gunsten aussage. Dieserhalb war Maiberg vor dem hallschen Landgerichte wegen Verleitung zum Meineide angeklagt. Er bestritt, sich strafbar gemacht zu haben mit dem Hinweise, er habe geglaubt, was der Stallschweizer ihm eines Abends von dem Mädchen erzählt habe, sei wahr. In einem am 28. September an den Stallschweizer gerichteten Briefe hatte der Angeklagte seinen Freund gebeten, bei dem Schwören nur nicht ängstlich zu sein. Der Termin finde am 10. Oktober statt; es werde alles bezahlt. Vor Gericht beschwor der Zeuge aber das direkte Gegenteil von dem, was er dem Angeklagten versprochen hatte. Er hatte das Mädchen wohl am betreffenden Abend nach Hause begleitet, aber keineswegs unsittlich berührt. Allerdings hatte Zeuge anfänglich eine zweideutige Bemerkung in Beziehung auf das Mädchen gemacht. Maiberg wurde schließlich verurteilt, Alimente zu zahlen. Der Staatsanwalt erachtete ihn aber auch der unternommenen Verleitung zum Meineide für schuldig und beantragte gegen den Drüeberger ein Jahr und drei Monate Zuchthaus. Das Gericht kam aber auf Grund der zweideutigen Aussagen des Zeugen zur Freisprechung Maibergs. Der Angeklagte ist zum Husarenregiment ausgehoben worden, aber vorläufig von dem Militär wegen der schwebenden Strafsache entlassen worden.

Aus den Nachbarkreisen.

Zu den Gemeinderatswahlen.

Die Wählerlisten liegen nur bis zum 30. Januar aus. Sichere sich jeder sein Wahlrecht! Keiner darf die Einsichtnahme versäumen.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Hausbesitz einen Jahresbeitrag von mindestens 3 Mk. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mk. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Inhaber möblierter Zimmer sind wahlberechtigt, Schlafburschen ist das Wahlrecht abgesprochen worden.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindewahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preuße zu sein braucht, es ist erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Zur weiteren Information empfehlen wir unseren Genossen die mit Erläuterungen versehene Landgemeindeordnung (1 Mk.), sowie den Führer durch die Landgemeindeordnung (30 Pfg.). Beide Bücher sind durch die Parteibuchhandlungen zu beziehen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit!

Vor einigen Jahren wurde im Zeitz-Weißenfelser Grubenrevier eine sogenannte Rettungsgesellschaft und Sanitätskolonne ins Leben gerufen, die ihren Sitz auf Grube Jakob bei Trebnitz hat. Die Gesellschaft, deren Nützlichkeit wir nicht bestreiten wollen, hat im Jahre 1907 918 Personen erste Hilfe geleistet. 803 davon waren bei Unfällen verunglückt! Diese Zahl ist wahrhaft erschreckend! 803 Menschen haben dem Kapitalismus ihr Blut opfern müssen! Die Ursachen dieser vielen Unfälle kennt jeder Bergmann. Das eingeführte Akkordsystem, die fortwährenden Lohnreduzierungen, die herrschende Antreiberei, alles das treibt den Arbeiter dazu, auch die letzten Kräfte anzuspannen, alle Vorsicht zu vergessen. Schafft mehr! Dann verdient ihr mehr! Was schadets, wenn dabei jährlich einige Hundert zum Krüppel werden? Die Ware Arbeitskraft ist ja so leicht zu ersetzen! Wer will es denn den Arbeitern verdenken, wenn sie ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen? Sie haben alle Ursache dazu!

Zeitz, 21. Januar. (E. B.) Stadtverordnetensitzung. In der heutigen Sitzung wurde die Einführung der wiederresp. neugewählten Stadtverordneten, darunter auch unsere vier Genossen, vorgenommen. Bei der darauffolgenden Wahl der Kommissionen wurde Genosse Dahler in die Schulkommission, Genosse Leopoldt in die Krankenhauskommission gewählt. Ausführlicher Bericht folgt.

Zeitz, 22. Januar. Frauenversammlung. Heute Donnerstag finden Versammlungen statt in Luckenau (Gasthof Herzog) und in Weißenfels (Zentralhalle). Diese Versammlungen werden hoffentlich stark besucht werden. Am Freitag hat Zeitz (Reichshalle) und Hohenmölsen (Steckelberg) Versammlung. Osterfeld veranstaltet seine Versammlung am Sonntag abend 9½ Uhr in der Sonne. — Bemerken müssen wir noch, daß die für Teuchern und Nißma angesetzten Versammlungen am 1. und 2. Februar nicht jetzt stattfinden, sondern erst Ausgangs Februar, da die Genossin Zietz am 1. Februar wieder in Hamburg sein muß. Die Rednerin kommt aber Ausgangs Februar hierher wieder zurück.

Zeitz, 20. Januar. (E. B.) Innungsschiedsgericht. Vorsitzender: Stadtrat Dr. Dreikluft; Beisitzer: Tischlermeister Weihe und Reichard, Tischler Naumann und Rümmler. — Der Tischler Wiedemann klagte gegen den Tischlermeister Hoppe-Aue auf Herausgabe eines Lohnrestes von 3,30 Mark. Vor Beginn der Verhandlung bezweifelte Beklagter die Zuständigkeit des Schiedsgerichts, da sich sein Gewerbebetrieb auf dem Lande befinde. Der Vorsitzende erklärte jedoch diese Ansicht als irrig. Darauf wurde in die Verhandlung eingetreten. H. weigert sich, den geforderten Betrag zu zahlen, da der Stundenlohn von 35 Pf. den er an W. gezahlt hat, ein angemessener sei. W. sei minderwertig und habe ihm die Arbeit verpfuscht. W. bestreitet dieses und legt einen Tarifvertrag vor, nach welchem der Mindeststundenlohn 40 Pf. beträgt. Der Vertrag ist zwischen dem Arbeitgeber-Schutzverband und dem Deutschen Holzarbeiterverband abgeschlossen und wurde vom Gericht als rechtsgültig anerkannt. Beide Parteien gehören ihren Organisationen an und war Beklagter somit verpflichtet, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Da aber der Kläger bei der ersten Lohnzahlung nicht energisch den vertraglichen Mindestlohn forderte, resp. nicht sofort die Arbeit einstellte, mußte angenommen werden, daß er mit dem gezahlten Lohne zufrieden war. Es kommt ein Vergleich zustande, nach welchem H. dem Kläger 1,50 Mark zahlt und letzterer die Klage zurückzieht. H. war während der ganzen Verhandlung sehr erregt und mußte vom Vorsitzenden energisch zur Ruhe verwiesen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080123-14/fragment/page=0005

Leuchern, 21. Januar. (E. B.) **Wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports** wurde am letzten Freitag vom Schöffengericht der Geschirrführer Schomburg zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Am 19. Oktober fuhr er mit seinem Geschirr über das Bahngleis Deuben-Werschen. Die Pferde und der Vorderwagen waren bereits hinüber, als ein von Deuben kommender Zug den Hinterwagen erfaßte und zertrümmerte. Die beiden Pferde wurden mit fortgeschleift und mußten getötet werden. Sch. gab in der Verhandlung an, kein Signal gehört zu haben. Zeugen bekundeten, daß er nicht geschlafen habe. Er wurde aber doch verurteilt. Richtig genommen, hätte der Eisenbahnfiskus auf die Anklagebank gehört. Die bekannte preußische Sparsamkeit am falschen Ende bringt es mit sich, daß derartige Unfälle entstehen, denn an dem verkehrsreichen Uebergange ist keine Schranke vorhanden! Erst aber müssen Menschen verunglücken oder großen Schaden erleiden, dann vielleicht wird Abhilfe geschaffen!

Zipsendorf, 21. Jan. (E. B.) **Schulväterversammlung.** Nächsten Sonnabend, abends 7 Uhr, findet eine Schulväterversammlung im Findeisens Lokale statt. Früher fanden diese Versammlungen im Baunackschen Saale statt. Seitdem aber nun der große Auszug vollzogen worden ist, kann nach Ansicht gewisser Leute auch eine solche Versammlung in dem Saale Baunacks nicht mehr abgehalten werden. Wenn es aber nun in letzter Stunde noch anders kommt? **Die Versammlung muß trotzdem von den Arbeitern gut besucht sein** und wenn sie auch in einem Lokale ist, wo viele Arbeiter nicht gern verkehren. Warum setzt man übrigens diese Versammlung nicht Sonntag an, damit ein jeder derselben beiwohnen kann?

Mansfeldische Berichterstattung.

In Kassel hat bekanntlich am letzten Sonntag der Seekrieg zwischen Preußen und Bayern sein vorläufiges Ende gefunden. Nach den Berichten — selbst bürgerlicher Blätter — ist es in der Versammlung des Flottenvereins zu sehr scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Das Ende war, daß das bisherige Präsidium abdankte und die Bayern, Badenser und Brandenburger aus dem Verein austraten!

Was aber berichtet das Eisleber Tageblatt?

„Die Hauptversammlung hat . . . eine erfreuliche Klärung gebracht. Das bisherige Präsidium ist zurückgetreten . . . Die Bayern protestierten gegen die Mundtotmachung und wollten den Saal verlassen . . . Die Bayern seien aber zur Verständigung bereit. Hiernach war der weitere Gang der Verhandlungen nicht mehr zweifelhaft . . .“

Und das soll keine gewissenhafte Berichterstattung sein? Den Wortlaut des Kaiserbochs bringt das „politische“ Tageblatt der Mansfelder Kreise genau, die Tatsache des Austritts der Bayern usw. verschweigt es gewissenhaft. „Wollten“ den Saal verlassen, schreibt das Tageblatt und will jedenfalls damit beweisen, daß es auch einmal „gewissenhaft“ berichten wollte! Was brauchen auch die Mansfelder die Wahrheit zu erfahren. Sie könnten ja sonst stutzig werden. Dazu ist aber das Tageblatt nicht da, daß es den Leuten reinen Wein einschenkt. Bleibt ihr nur hübsch dumm, dann bleibt ihr auch wenigstens reichstreu und wählt stets Bülowfreunde!

Salzmünde 21. Januar. (E. B.) **Prügelnder Gutsinspektor.** Am Nachmittage des 6. September v. J. geriet der 29jährige Gutsverwalter Hugo Wichmann auf dem Gutshofe des Amtsrats vom Zimmermann mit dem 57jährigen Arbeiter Kanzler beim Zusammenstellen der Lohnstunden in Streit. Kanzler verlangte die Bezahlung einer Ueberstunde, worauf sich der Inspektor nicht einlassen wollte. Schließlich sagte Kanzler, er verzichte auf die Bezahlung, er werde aber später dann nicht mehr über 6 Uhr abends hinausarbeiten. In dieser Redensardung erblickte der Verwalter eine „Frechheit“ gegenüber der Gutsinspektorautorität und schlug den alten Mann mit seinem Gehstock über den Rücken. Kanzler drehte sich nunmehr um, faßte seinen Gegner, aber dieser versetzte ihm noch mehrere Schläge mit dem Knüppel. Schließlich gelang es Kanzler, dem Inspektor den Stock abzunehmen. Der Verletzte war über sechs Wochen arbeitsunfähig und meinte, der Gutsinspektor müsse ihm wohl die Rippen entzwei geschlagen haben. Zwei Wochen nach der Tat stellte der Arzt noch eine sieben Zentimeter lange und vier Zentimeter breite mit Blut unterlaufene Stelle am Rücken des Verletzten fest. Das Schöffengericht Wettin bezeichnete die Tat des Gutsinspektors als eine große Roheit, verurteilte ihn aber unter Zubilligung mildernder Umstände nur zu einer Geldstrafe von 25 Mark. Hiermit wollte sich aber der Mensch noch nicht zufrieden erklären. Er legte bei dem Landgericht Halle Berufung ein und behauptete, er habe dem alten Manne gegenüber in Notwehr gehandelt. Der Verletzte habe ihn erst ins Gesicht geschlagen 2c. Kanzler bestritt dies aber mit aller Entschiedenheit und wurde in seinen Angaben von mehreren Zeugen unterstützt. Erst habe ihn der Gutsinspektor gebeten, die Sache nicht anzuzeigen, als er darauf nicht eingegangen sei, habe der Mann sich sogar seiner Tochter und Frau gegenüber frech benommen. Der Angeklagte versuchte, den Kanzler als einen gefährlichen Menschen hinzustellen und man hatte ausholdowert, daß der Mann vor 30 Jahren ein einziges Mal vorbestraft ist. Zeugen bezeichneten aber den Arbeiter Kanzler als einen friedliebenden Menschen. Mehrere Arbeiter hatten den gewalttätigen Vorgang von einer Bodenluke aus unbemerkt mit angesehen und bekundeten, daß der alte Mann von dem Angeklagten zuerst von hinten mit dem Knüppel über das Kreuz geschlagen worden sei. Kanzler hat langjährige Arbeitsstellen gehabt. Die Halleische Strafkammer stellte sich auf den Standpunkt des Vorderrichters und verwarf die Berufung Wichmanns.

Eisdorf, 21. Jan. (E B.) **Die Straßenreinigungspflicht auf dem Lande.** Auch in Eisdorf und Unterteutschenthal bereitet die Straßenreinigungspflicht, die den halleschen Hausbesitzern schon so viel zu schaffen gemacht hat, seit einiger Zeit den Straßenanliegern Schmerzen. Früher sorgte dort die Gemeindeverwaltung für Reinigung der Dorfstraßen an Tagen vor Sonn- und Festtagen. Im vorigen Jahre ist aber durch Polizeiverordnung die Straßenreinigungspflicht den Straßenanliegern auferlegt worden. Der Amtsvorsteher soll allerdings bei einer Besprechung der Verordnung in einer Gemeindeversammlung in Unterteutschenthal geäußert haben, die Anlieger der Kreisstraße treffe die neue Bestimmung nicht. Aber nach dem Wortlaute der Verordnung sind auch die Anwohner der Kreischaussee zur Straßenreinigung verpflichtet. Doch hatten nicht nur Anlieger der Kreisstraße in Unterteutschenthal, sondern auch Anwohner der Dorfstraße in Eisdorf die ihnen zur Pflicht gemachte Straßenreinigung unterlassen. Die Last sei für sie zu groß, ganz unvergleichlich größer als für Stadtbewohner. Im Winter und Frühjahre sei die Dorfstraße so voller Wasser, Schmutz und Schlamm, daß die Reinigung wenigstens des Straßendammes einfach unmöglich sei. Infolge der Unterlassung hatte eine Anzahl Straßenanlieger aus Eisdorf und Unterteutschenthal Strafmandate über je 1 Mark erhalten. Hiergegen hatten 14 von ihnen, darunter auch der Pastor und ein Lehrer von Unterteutschenthal, gerichtliche Entscheidung beantragt. Das Schöffengericht sprach vier Anlieger der Kreisstraße frei, da sie wegen der Aeußerung des Amtsvorstehers des guten Glaubens gewesen seien, von der neuen Verordnung nicht mit betroffen zu sein. Aber in Wahrheit seien auch sie zur Straßenreinigung verpflichtet und sollten sich das ja für die Zukunft merken. Freigesprochen wurde ferner ein Anwohner der Dorfstraße in Eisdorf, da das an dieser liegende Haus dem Kriegervereine in Unterteutschenthal gehört und er als Leiter der Vereinsfiliale in Eisdorf weder Besitzer noch Nießbraucher des Hauses ist. Auch der Pastor und Lehrer erlangten Aufhebung der Polizeistrafe, da nach einer Kammergerichts-Entscheidung vom Jahre 1906 die Inhaber einer Dienstwohnung nicht als deren Nießbraucher anzusehen und daher von den Hauslasten befreit sind. Alle übrigen Einspruchserheber, sämtlich Anlieger der Eisdorfer Dorfstraße, wurden kostenpflichtig abgewiesen. Wenn ihnen die Last der Straßenreinigung zu groß sei, so müßten sie in der Gemeindevertretung, vor dem Amtsvorsteher und eventuell vor dem Landrat vorstellig werden. Das Gericht könne sich bei seiner Entscheidung nur nach dem Wortlaute der Polizeiverordnung richten, deren Gültigkeit außer Zweifel sei.

Merseburg, 21. Januar. (E. B.) **Achtuhr-Ladenschluß.** Wie eine Bekanntmachung des Regierungs-Präsidenten besagt, sind vom 1. Februar ab alle offenen Verkaufsstellen an den Werktagen um 8 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr zu schließen. Für die Angestellten dieser Betriebe ist das gewiß recht erfreulich und es ist ihnen auch zu wünschen. Lange genug hat es ja gedauert, ehe sich die Zweidrittel der beteiligten Geschäftsinhaber zu diesem recht vernünftigen Antrage hindurchgearbeitet haben. Der Konsum-Verein hat selbstverständlich schon seit seinem Bestehen (10 Jahre) den Achtuhr-Ladenschluß und ist dabei ganz gut gefahren.

— Der Magistrat macht bekannt, daß diejenigen Militärpflichtigen, welche in diesem Jahre Anträge auf Freilassung oder Zurückstellung vom Militärdienst anzubringen beabsichtigen, diese auf dem vorgeschriebenen Formular in doppelter Ausfertigung bis zum 10. Februar einzureichen haben.

Lauchstädt, 21. Januar. (E. B.) **In der Not** hatte sich die 35jährige Arbeiterin Minna Kurtzius von hier am 20. Juni v. J. in Wünschendorf einen Mietstaler erschwindelt. Sie vermietete sich bei dem Landwirt Gottschalk, forderte abends den Mietstaler, um damit Wyle zu kaufen und ihre Sachen von Lauchstädt zu holen. Bei dieser Gelegenheit gab Frau Gottschalk der Frau noch ein Fünfzigpfennigstück, um dafür noch etwas mitzubringen. Die Frau bekam Schuhzeug nach ihren Kindern, ging nach Hause und kehrte nicht wieder zurück. Da sie auch mit ihrer Tochter schon öfter solche Mietsschwindeleien gemacht hat, wurde sie vom Lauchstädter Schöffengericht wegen Betrugs und Unterschlagung zu drei Wochen und drei Tagen Gefängnis verurteilt. Ihre hiergegen eingelegte Berufung wurde vom Landgericht Halle verworfen.

Bockwitz, 21. Januar. (E. B.) **Roheit.** Zwischen einigen fremden und hiesigen Arbeitern kam es am Sonntag im Herrmannschen Lokale zu Auseinandersetzungen, die leider mit einem Roheitsakt endeten. Als einer der am Streite Beteiligten nach Hause ging, wurde ihm ein scharfkantiges Stück Eisen nachgeworfen. Das Eisen traf den Mann an den Kopf und verletzte ihn derartig, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Zu bedauern ist es, daß organisierte Arbeiter noch auf solche gemeine Art ihre Rache befriedigen. Sie sollten doch wohl anders denken gelernt haben.

Beihau, 21. Januar. (E. B.) **Wegen Aufforderung zum Boykott** mußte ein hiesiger Genosse zwei Mark Strafe zahlen! Er hatte als Kassierer des Arbeiter-Radfahrer-Vereins die Mitglieder desselben aufgefordert, das Lutzmannsche Lokal nach Möglichkeit zu meiden. Es fand sich einer, der bei L. den Denunzianten machte, und L. zitierte den Sünder, dem Lutzmannsches Bier nicht mehr schmecken wollte, vor den Schiedsrichter. Dort wurde die Sache mit zwei Mark erledigt. Selbstverständlich fühlte der „Bestrafte“ und viele seiner Genossen nun noch weniger das Bedürfnis in sich, das Lutzmannsche Lokal zu besuchen. Und das mit Recht, denn wo man nicht gern gesehen wird, geht man nicht gern hin, zumal auch erst die „Strafe“ wieder reingebracht werden muß.

Delitzsch, 21. Januar. (E. B.) **Ein die „Teiler“ hassender Teiler** war der vor kurzem wegen Unterschlagung und Veruntreuung bestrafte Inspektor Merz auf Rittergut Stockwitz. M. war einer von denen, die treu zu Thron und Altar stehen und nebenbei das Sozialistenfressen aus dem ff verstehen. Wehe dem Arbeiter, der sich zur Sozialdemokratie offen bekannt hätte! Er hätte den Merz kennen gelernt! Doch auch diese Säule ist geborsten, ehe die Sozialdemokratie ganz niedergeritten war.

Bei der Verhandlung gab Merz als Milderungsgrund seine schlechte Bezahlung an. Nun, da hat er teilweise recht. Viel Unterschied macht so ein Großgrundbesitzer zwischen Inspektor und Arbeiter nicht, wenigstens nicht in der Bezahlung. So billig wie möglich ist da die Parole. Vergreift sich dann jemand an fremdem Eigentum, so schreit die ganze Gesellschaft nach Polizei und Staatsanwalt. Sie bereichern sich durch die Ausbeutung anderer, verschafft sich aber einer der Ausgebeuteten auf nicht „gesetzliche“ Weise einen Bruchteil des ihm erst gestohlenen, dann ist der Teufel los. Alles zusammengenommen aber heißt: Göttliche Weltordnung!

Zschortau bei Delitzsch, 21. Januar. (E. B.) **Was folgt?** Vor kurzem wurde von hier berichtet, daß in einem hiesigen Restaurant verschiedene Bauernsöhne durch den Gendarmen beim Glückspiel, von dem auch der Wirt gewußt haben soll, gefaßt worden sind. Man hatte um hohe Summen gespielt (Billardpartie um 500 M.) und der Verlierer hatte den Gendarmen geholt. Ueber den weiteren Verlauf dieser Sache ist man bis jetzt sehr ruhig. Da es sich um ein Lokal handelt, welches unseren Genossen zu ihren Versammlungen entzogen worden ist, ist man neugierig, was daraus wird. Ob unsere dortigen Genossen recht haben werden, indem sie sagen, es wird nichts daraus, wollen wir erst mal abwarten. Denn nach den Vorkommnissen in Holzweißig und Krostitz, wo man unseren Parteiwirten wegen ähnlichen Vergehens die Konzession entzog, kann sich der Wirt auch darauf gefaßt machen. Wenn nicht, denn auch gut, für ihn und auch für uns!

Wittenberg, 21. Januar. **Ein schweres Unheil** ist an unserer Stadt glücklich vorbeigeruscht! Das 20. Infanterie-Regiment bleibt hier, die Spandauer müssen sich nach einem andern umsehen. Aus Anlaß dieses freudigen Ereignisses gedenkt die Stadtverwaltung 14 Tage lang flaggen zu lassen. Ganz Wittenberg ist infolge dieser Nachricht aus dem Häuschen. Es wär' aber auch zu furchtbar gewesen!

Die Magdeburger „Faulen“

haben den bürgerlichen Stadtverordneten die Antwort erteilt. Am Dienstag vormittag fand im Sachsenhof eine polizeilich abgesperrte Versammlung der Arbeitslosen statt. Hunderte mußten wieder umkehren. Anderthalbtausend Männer befanden sich im Lokal! Die Polizei hatte die „umfassendsten Vorsichtsmaßnahmen“ getroffen. In lebhafter Weise wurde gegen die Auslassungen der Herren im Stadtparlament Protest erhoben. Eine Resolution fand einstimmig Annahme. Die eingeladenen bürgerlichen Herren zogen es vor, nicht zu erscheinen. — Nach der Versammlung fanden **Straßendemonstrationen** statt, die durch die Polizei hervorgerufen wurden. Eine Anzahl „Faulen“ erhielten Staatspension.

Wir in Halle haben am Montag im Stadtparlament ähnliches erlebt. Werden die Halleschen Arbeiter es den Magdeburgern nachtun? Oder soll ein Scharfmacher Giese die Arbeiterschaft widerspruchslos beleidigen?

Ueber behördliche Gesinnungsschnüffelei

hat Genosse Südekum in der Budgetkommission des Reichstages bei Beratung des Militäretats geklagt und hat einige solche Fälle auch aktenmäßig nachgewiesen, nachdem der Kriegsminister diese Gesinnungsschnüffelei einfach bestritten hatte. Von der Reußischen Tribüne war schon im September von einem umfangreichen Spionagesystem der Zivil- und Militärbehörden berichtet worden, um die politische Gesinnung derer herauszuschnüffeln, die es während ihrer Dienstzeit bis zum Gefreiten und darüber hinaus gebracht haben. Es wurde nachgewiesen, daß das Geraer Bezirkskommando gedruckte Formulare zu Auszügen aus dem Strafregister an die Staatsanwaltschaft mit der Bitte um Auskunftserteilung über die Vorstrafen der darauf verzeichneten Person abgegeben hat und daß die Staatsanwaltschaft mitteilte, daß die fragliche Person nicht vorbestraft sei. Doch die Hauptsache: das Bezirkskommando begnügte sich aber mit dieser staatsanwaltlichen Auskunft nicht, sondern wandte sich auch noch mit folgendem autographischen Schreiben an das Landratsamt:

Bezirkskommando Gera, den . . .

J.-Nr. . . .

Unter Rückerbittung dem Fürstl. Landratsamt Gera.

Das Bezirkskommando ist angewiesen, jährlich mindestens einmal eingehende Recherchen über sämtliche Unteroffiziere, Vizefeldwebel- und Vizemachtmeister-Aspiranten in die Wege zu leiten. Es wird daher das Fürstl. Landratsamt ganz ergebenst ersucht, umgehend Erhebungen über die moralische Führung und politische Gesinnung des in . . . wohnhaften Gefreiten Arbeiter N. N. anstellen zu lassen und das Ergebnis hierunter mitteilen zu wollen.

Thümmel.

Das Landratsamt kam diesem Ansinnen prompt nach und auf der Rückseite des Schreibens stand als Ergebnis der „Recherchen“ folgender Vermerk:

Der umstehend genannte N. N. ist nachgewiesenermaßen Anhänger der sozialdemokratischen Partei. Er besucht fleißig deren Versammlungen, während er sich von Versammlungen der bürgerlichen Parteien fernhält.

Ort und Datum.

. . . Gendarm.

Nach der Erklärung des Kriegsministers kann man wohl annehmen, daß ihm diese Gesinnungsschnüffelei nicht nur nicht bekannt war, sondern daß er sie auch mißbilligt — sonst hätte er sich doch anders verteidigen müssen — und daß die Schnüffelei auf den Uebereifer ihm untergeordneter Organe zurückzuführen ist. Oder gehört solche Schnüffelei zu dem System des heutigen Militarismus?

Achtung, Gemeinderatswahlen!

Trebnitz. Die Liste liegt beim Gastwirt Böttcher zu jeder Tageszeit für jedermann aus. Die Aufstellung unserer Kandidaten soll in der Versammlung am 9. Februar erfolgen.

Annaburg. Die Wählerliste liegt bis zum 4. Februar während der Dienststunden im Bureau der Gemeindesteuerkasse aus. Meldungen zur Einsichtnahme sind eventuell an den Genossen Wendel zu richten.

Piesteritz-Kl.-Wittenberg. Für Piesteritz besorgen die Genossen Ziegler, Romming und Bode, für Kl.-Wittenberg Genosse Ruthe die Einsichtnahme in die Wählerlisten.

Gewerkschaftliches.

Die Lage der Handlungsgehilfen. Die kaufmännischen Angestellten gehören vielfach noch zu den Kreisen, die sich von den bürgerlichen Parteien als Stimmvieh und bei Lohnkämpfen von den Unternehmern als Streikbrecher gebrauchen lassen. Nach ihrer wirtschaftlichen Lage aber haben die Handlungsgehilfen alle Ursache, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen, um sich politische Rechte und bessere Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen, denn sie befinden sich in ihrer großen Mehrheit in derselben Situation wie die gewerblichen Arbeiter. Das Hamburger Fremdenblatt bringt unterm 8. Januar von sachkundiger Seite einen Artikel: „Die Aussichten des kaufmännischen Berufs“, in dem es heißt:

„Der Gehilfe der Kolonialwarenbranche ist von allen Handlungsgehilfen wohl der am schlechtesten bezahlte. Nach durchweg dreijähriger Lehrzeit beginnt er seine Tätigkeit als Gehilfe mit einem Monatsgehalt von 25 Mk. bis 30 Mk. nebst freier Station. Dabei läßt die freie Station in recht vielen Fällen mancherlei zu wünschen übrig, besonders in bezug auf die Wohnung. Es ist nicht selten, daß die „Wohnung“ aus einem Bett, einer Waschgelegenheit und der Ecke eines Schrankes besteht. Gehilfen, die ein wohnliches, wenn auch bescheidenes, heizbares Zimmer ihr eigen nennen, das sie nicht mit einem oder mehrere Kollegen zu teilen brauchen, gehören zu den Ausnahmen . . . Auch der Kolonialwarenhändler von 22 bis 25 Jahren erhält neben der üblichen freien Station selten mehr als 50 bis 60 Mk. Monatsgehalt. Es bleibt ihm, wenn er älter wird und mehr verdienen will, nichts übrig, als zu versuchen, eine Filiale zu übernehmen oder — selbständig zu werden. Allerdings muß er dann häufig die Wahrnehmung machen, daß es leichter ist, selbständig zu werden, als es zu bleiben . . . Eines muß bei einer Betrachtung über die Aussichten des kaufmännischen Berufs noch berücksichtigt werden: der kaufmännische Beruf bietet keine sicheren Aussichten. Der junge Mann, der Kaufmann wird, weiß nicht, ob er nach zwanzig Jahren 1200, 2000, 3000, 5000 Mk. oder gar nichts verdienen wird. Die Stellenlosigkeit, das schlimmste Uebel im Stande der Handelsangestellten, sucht sich seine Opfer nicht nur im Bodensatz des Standes, auch tüchtige Gehilfen können ihm anheimfallen, besonders in vorgeschrittenem Alter. Der Gehilfe, der im Alter von 45, 50 und mehr Jahren das Unglück hat, seinen Posten zu verlieren, findet nicht leicht wieder Stellung. Dunkel sieht es auch noch um die Zukunft des Handlungsgehilfen im höheren Alter aus, wenn die Kräfte allmählich nachlassen.“

Wenn selbst ein bürgerliches Blatt ein so trübes Bild entwirft, so sollte man meinen, daß es den Handlungsgehilfen nicht schwer fallen dürfte, ihre Klassenlage zu erkennen und einzusehen, daß sie mit der Arbeiterschaft und nicht gegen sie marschieren müssen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Ein Prozeß gegen den Vorwärts.** Wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Dr. Stolle von Königshütte in Oberschlesien wurde der verantwortliche Redakteur des Vorwärts, Genosse Hans Weber, zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung soll in einer Kritik über die Verhaftung und Auslieferung eines Russen enthalten sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080123-14/fragment/page=0006

§ **Wegen Beleidigung des preußischen Kriegsministeriums** wurde in Rudolstadt Genosse Redakteur Zorn vom Saalfelder Volksblatte zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Aus dem Reiche.

Berlin. Familientragödie. In der Oberbergstraße hat die Postschaffnersfrau Schroeder, vermutlich wegen der Trunksucht ihres Mannes, ihre beiden Kinder von zwei und elf Jahren und sich selbst erhängt.

Hanau. Eisenbahnunglück. Auf dem Ostbahnhofe fuhr der von Erbach einfahrende Personenzug 453 auf eine im Gleise 3 stehende Lokomotive nebst Packwagen auf. Von den Reisenden wurden 14 Personen leicht verletzt, die sich sämtlich nach ihren Wohnungen begeben konnten, mit Ausnahme des Zugführers, der im Krankenhaus Aufnahme fand.

Vermischtes.

* **Ein dreifacher Schwesternmörder.** Aus Wien wird gemeldet: Ein grauenhaftes Verbrechen, das vor vier Jahren in Oestreich verübt worden ist, scheint jetzt seine Aufklärung finden zu sollen. Unter dem dringenden Verdacht, in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember 1903 die drei Schwestern Krischke, Töchter einer im Botewald im nördlichen Mähren wohnenden Witwe, ermordet zu haben, wurde der eigene Bruder der Ermordeten, der 26jährige Johann Krischke, in Wien festgenommen.

* **Bei dem Eisenbahnunglück bei Aquabella** (Italien), von dem wir gestern unter Telephonische Nachrichten berichteten, wurden 11 Personen getötet, 36 verwundet, davon 16 schwer.

* **180 Menschen getötet.** Aus Shanghai wird gemeldet: Bei dem außerordentlich schwierigen Bahnbau Kalgan-Peking, der von den Chinesen zum erstenmal ohne ausländische Hilfe unternommen ist, ist ein Tunnel eingestürzt, wobei 180 Menschen ums Leben kamen. Vielfache rechtzeitige Warnungen und Hinweise auf die Unerfahrenheit der chinesischen Ingenieure waren von der chinesischen Regierung unbeachtet geblieben. Jetzt ist jedoch zu erwarten, daß der Zwischenfall nicht ohne Wirkung auf die Leitung des Bahnbaues sein wird.

Aus den Gemeinden.

Schkeuditz. Stadtverordnetensitzung vom 13. Januar. Zunächst wurde die Einführung der neugewählten Stadtverordneten durch Handschlag vorgenommen, worunter sich auch Genosse C. Müller befand. — Dem Leser wird das Vorgehen des Stadtverordnetenvorstehers C. Schäfer noch in lebhafter Erinnerung sein. Bei der heute stattgefundenen Vorsteherwahl erteilten seine Parteigenossen ihm die wohlverdiente Antwort. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl ließ sich der Freisinnsheld Schäfer, welcher in der dritten Klasse ausschied, von der Klasse des Geldsacks wählen. Heute bekam er von 17 abgegebenen Stimmen nur 5, und mußte den viele Jahre innegehabten Vorsteherposten mit verschämter Miene an den Stadtverordneten Kind abtreten. Die Anhänger des Rathausneubaues erlitten bei sämtlichen Wahlen eine große Schlappe. Auch den zweiten Vorsitz mußten sie an Herrn Naumann abtreten. Bei den Wahlen zu den verschiedenen Kommissionen machte der abgedankte Vorsteher Schäfer seinem Zorn Luft. Genosse Müller wurde zur Schuldeputation vorgeschlagen. Herrn Schäfer blieb es vorbehalten, zu beantragen, die Wahl in nichtöffentlicher Sitzung vorzunehmen, wogegen Genosse Müller energisch protestierte. Alles half nichts. Der Antrag wurde mit 8 Stimmen angenommen. Ein Antrag, nach dem ein Beamter das Protokoll führen soll, fand Annahme. Ferner befaßte man sich mit einem Gesuch der Firma Schmidt u. Ko., Halle, welche beabsichtigt, sechs Plakatsäulen in Schkeuditz aufzustellen. Genosse Müller wies nach, daß es der Einwohnerschaft seit Jahresfrist unmöglich ist, irgendwelche Plakate anzukleben, er beantragte, das Plakatwesen in eigene Regie zu nehmen, was aber abgelehnt wurde. Ein Vertrag, welcher mit der Firma abgeschlossen werden soll, fand Annahme. Ein Punkt in dem Vertrag nötigte den Zuhörern ein Lächeln ab. Es wird nämlich verboten, Plakate von roten Papier anzukleben.

Da werden sich wohl Staatsanwalt und Polizei anderfarbiges Papier anschaffen müssen, wenn sie Mörder suchen oder die Aufruhrparagraphen anschlagen!

Die Summe von 8829,12 Mk. zur Errichtung der Mittelbrücke aus Holz, wurde bewilligt. Ferner wurde beschlossen, zur Erleichterung des Schuttabladens eine Feldbahn im Preise von 845 Mk. anzukaufen. Längere Verhandlungen mit dem Besitzer der Wehlitzer Papiermühle, zwecks Beitragsleistungen zur Deckung von Wegebaukosten, führten zu dem Resultate, daß genannte Firma jährlich 700 Mk. an die Kämmereikasse abzuführen hat, womit sich die Stadtverordneten einverstanden erklärten. Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Versammlungsberichte.

Handlungsgehilfen, Zeitz. Das Gewerkschaftskartell hatte am 3. Januar nach der Zentralhalle eine Versammlung für Handlungsgehilfinnen einberufen, die gut besucht war. Der Referent Kollege Lähner-Dresden vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg führte aus, daß der Großbetrieb im Handelsgewerbe eine starke Arbeitsteilung mit sich gebracht habe, die eine rasche Zunahme der Frauenarbeit ermöglichte. Die nachteiligen Folgen der Frauenarbeit können nur durch gemeinsame Organisation der Gehilfinnen und Gehilfen beseitigt werden. Die möglichst umfassende Organisierung der weiblichen Arbeiter liegt ebensosehr im Interesse der männlichen Arbeiter, als auch im Interesse der weiblichen selbst.

Der Redner ging dann auf die Mißstände im Handelsgewerbe ein. Diese Mißstände könnten nur durch Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation unter Anlehnung an die Arbeiterschaft beseitigt werden. In der Versammlung waren auch zirka ein Dutzend deutschnationale Handlungsgehilfen erschienen, um durch ihren Redner zu dokumentieren, wie verständnislos sie der Frauenfrage gegenüberstehen. Unter Gelächter führte Herr Hochheimer aus, daß die Handlungsgehilfin nur im Beruf tätig sei, um sich die Toilette zu verdienen! Uebrigens riet er den Gehilfinnen ab, sich zu organisieren. Der Herr wurde von den Genossen Flemming, Teichert und Lähner kräftig abgeführt.

Auskünfte über den Zentralverband erteilen bereitwilligst der Vorsitzende der Agitationskommission des Kartells, Gustav Flemming, Zeitz, Stiftsberg 12 und die Vertrauensperson des Verbandes, Marta Schleif, Zeitz, Stiftsberg 4 c.

Tabakarbeiter, Delitzsch. Am 13. d. M. hielt der Tabakarbeiterverband im Lindenhof eine Protestversammlung gegen die Banderolsteuer ab, als Referent war der Kollege Wenzel, Zwintschöna, erschienen. Der Redner geißelte die unhaltbaren Zustände, wodurch Tausende von Arbeitern auf das Straßenpflaster geworfen würden. Am Schlusse forderte Kollege Wenzel auf, daß die Delitzscher Kolleginnen und Kollegen der Tabakarbeiter, soweit sie noch nicht im Verbande sind, ihren Anschluß bewirken, damit für ein Bollwerk gegen die Lohndrückerei der Unternehmer schaffen.

In der darauf folgenden Diskussion erhielt als erster Redner Kollege Tröstrum das Wort, selbiger legte der Versammlung eine Resolution vor, welche aber von der Versammlung abgelehnt wurde; in der Resolution empfiehlt der Redner den Generalstreik. Die Genossen Prause und Biedermann traten energisch dem Vorredner gegenüber. Arbeiter und Arbeiterinnen von Delitzsch, ihr seht, daß nur durch eine straffe Organisation etwas zu erreichen ist, also hinein in den Verband! Das muß jetzt die Parole sein, und dann werden wir auch besseren Zeiten entgegen gehen.

Bergarbeiter Gaumnitz. Am 5. Januar sprach Kamerad Weikert-Zeitz über Knappschaftswesen und Knappschaftsreformen. Er ging auch speziell auf die Bestimmungen des Halleschen Statuts ein. Eine sehr lebhafte Diskussion folgte dem Vortrag. Aufgefordert wurde noch, nur Aelteste zu wählen, die dem Verbande angehören. R.

Bauhilfsarbeiter Schraplau. In der Generalversammlung am 12. Januar wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Nur als Kassierer wurde Koll. Schwabe neugewählt. Ueber unsere Lohnforderungen referierte Kollege Labes-Halle. Ein Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes wurde zurückgezogen. Die Jahresabrechnung ergab einen Bestand von 17,04 Mk. Die Lohnfrage soll durch die Verwaltung geregelt werden. Kollege Labes sprach dann noch über das preußische Wahlrecht. J. M.

Tabakarbeiter, Schkeuditz. Am 14. Januar fand hier eine von zirka 250 Personen besuchte öffentliche Protestversammlung gegen die von der Regierung beabsichtigte Mehrbelastung des Tabaks statt. Das Referat hatte Gauleiter O. Wengel-Halle übernommen. Redner gab in seinem 1½stündigen Vortrag eingehend einen Ueberblick über alle bis jetzt erschienenen Tabaksteuervorlagen im Reichstage und kennzeichnete deren schädliche Wirkung auf das ganze Gewerbe. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige öffentliche Protestversammlung im Saale des Lindenhofes zu Schkeuditz protestiert auf das entschiedenste gegen jede Mehrbelastung des Tabaks, insbesondere gegen die bereits dem Bundesrat zugegangenen Zigarrenbanderolesteuer, weil dieselbe eine große Abnahme des Konsums und dadurch die Arbeitslosigkeit vieler tausender Arbeiter wie auch die Vernichtung zahlreicher kleineren Existenzen zur Folge haben würde. Die ohnehin so traurig gestellte Tabakarbeiterschaft richtet deshalb an die Mitglieder des hohen Reichstages das dringende Ersuchen, im Interesse der gesamten Tabakindustrie, jede weitere Belastung des Tabaks, insbesondere die so sehr schädliche Zigarrenbanderolesteuer mit aller Entschiedenheit abzulehnen." H.

Gewerkschaftsversammlung Torgau. Am 6. Januar referierte Genosse Galetzke über das neue Vereinsgesetz. In der Diskussion wurden dann verschiedene Mißstände am Orte besprochen. Eine Resolution, in welcher gegen das Reichsvereinsgesetz protestiert wird, fand einstimmige Annahme. E. Sch.

Sozialdemokratischer Verein Wildschütz. Die in der Versammlung am 5. Januar gegebene Abrechnung wies eine Einnahme von 119,75 Mark und eine Ausgabe von 8,25 Mk. auf. 69,80 Mark wurden an die Hauptkasse gesandt. Zur Lokalfrage wurde betont, daß nicht die Arbeiter dem Gastwirt Becker entgegen zu kommen haben, sondern umgekehrt. Solidarisch müsse jetzt jeder handeln. Zum Bibliothekar wurde Genosse Rümmler gewählt. Bibliotheksstunden sind Sonntags von 3—4 Uhr. Dem Genossen Patschke wurde wegen seines Verhaltens eine Rüge erteilt. O. R.

Sozialdemokratischer Verein Holzweißig. Am 5. Januar referierte Genosse Rauchfuß über Homosexualität. Weiter wurde die Lokalfrage behandelt. Dann wurden noch verschiedene Artikel der Holzweißiger Nachrichten kritisiert. Ferner wurde auf die Auslegung der Wählerlisten aufmerksam gemacht. O. K.

Sozialdemokratischer Verein Naumburg. In der öffentlichen Versammlung am 5. Januar referierte Genosse Däumig-Halle über Sozialismus und materialistische Geschichtsauffassung. Der Vortragende verstand es, den Zuhörern in verständlicher Weise ein Bild vom Wesen des Sozialismus und vom Begriff der materialistischen Geschichtsauffassung zu geben. Der nächste dieser Vorträge findet am 9. Februar statt. G. St.

Sozialdemokratischer Verein Weßlitz. Am 5. Januar fand im Vereinslokal eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Müller-Schkeuditz gab den Bericht vom Preußentag. Angeregt wurde, regelmäßige politische Monatsberichte zu geben. W.

Sozialdemokratischer Verein Zipsendorf. Eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung fand am 5. Januar statt. Genosse Trauvetter referierte über die Entwicklung des Menschen und das Eheleben. In der Diskussion wurde das Halten weiterer wissenschaftlicher Vorträge verlangt. Zur Gemeinderatswahl soll in einer nächsten Versammlung Stellung genommen werden. G.

Sozialdemokratischer Verein Prüfen. Die Versammlung am 12. d. M. war nur mäßig besucht. Einleitend wies der Vorsitzende auf die Wahlrechtsbewegung hin. Zur Lokalfrage wurde mitgeteilt, daß der Gastwirtsverein unser Schreiben nicht beantwortet hat. Das Lokal von Bruchholz steht der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung. Der Austräger des Volksblattes wird am 1. Februar wechseln. Gewählt wurden noch eine Zeitungs- und Agitationskommission. Angeregt wurde die Gründung eines Arbeiterbildungsvereins. Die nächste Volksversammlung soll eine Frauenversammlung werden. Frau Malkwitz-Dresden soll referieren. E. R.

Volksversammlung Schraplau. Am 12. Januar referierte Frau Malkewitz-Dresden über die Stellung der Frau zur Organisation. Ihr Vortrag wurde sehr gut aufgenommen. Genosse Christange sprach sodann über das preußische Landtagswahlrecht. Das Schulgesetz und das Bergarbeiterschutzgesetz behandelte Gen. Petersohn-Stedten in guter Weise. Eine Diskussion schloß sich dem an. Die Versammlung war von über 200 Personen besucht. — Am 5. Februar wird Genossin Zeitz-Hamburg hier referieren. E. W.

Protestversammlung Naßnitz. Die Protestversammlung am 19. Januar war von zirka 100 Personen besucht. Gen. Budischgk-Halle referierte. An der regen Diskussion nahmen u. a. Frau Sperling und Gen. Leuschner-Halle teil. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Zeitzer Brief erst gegen 9 Uhr eingegangen. Einige Berichte deshalb zurückgestellt.

K. H., Hettstedt. Es kommt darauf an, ob das Mädchen nur monatweise gemietet ist, dann kann die Kündigung noch am 15. des Monats stattfinden. Ist das nicht der Fall, kommt es darauf an, ob das Mädchen zum städtischen oder ländlichen Gesinde zu rechnen ist, d. h. ob es Ackerwirtschaft besorgt oder nur Haushaltsarbeit. Städtisches Gesinde ist auf ein Vierteljahr, ländliches auf ein Jahr gemietet, wenn nichts anderes vereinbart ist. Die Kündigung muß dann sechs Wochen vor Ablauf des Vierteljahres erfolgen.

Nr. 1001. Die Schlüssel müssen entweder abgeliefert oder zerstört werden. Kaufen brauchen Sie dieselben nicht.

Abonnent Sternstraße. Das Recht hat der Vorsitzende, aber in der Regel wird es nicht getan, in Ihrem Falle sicher nicht.

H. S. Ja, diese Steuern sind noch zu zahlen.

A. 100. Ja, stellen Sie den Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft. Das Kind bleibt ehelich. Sie können zur Alimentation herangezogen werden, wenn das Kind Ihrer Frau zugesprochen ist.

H. T. Die Eltern haben keine Verpflichtung, für die Frau des Sohnes, wenn er beim Militär ist, zu sorgen. In Notfällen muß die Gemeinde dafür sorgen.

Prösnie. Unter Umständen kann das als Beleidigung aufgefaßt werden. Es liegen darüber verschiedene Urteile vor.

E. L., Lettin. Ja, den Vortrag des Gen. Däumig in Nr. 84.

Zwei Streitköpfe in B. Die erste Frage ist unverständlich, die beiden anderen erfahren Sie am besten in der in Berlin erscheinenden Tierbörse.

W. R., Hier. Sie müssen in diesem Falle beim Bezirkskommando um Erlaubnis nachfuchen, die in der Regel erteilt wird, wenn Sie aus beruflichen Gründen nach dem Ausland gehen müssen.

A. R., Merseburg. Kann nicht gepfändet werden. Bei event. Pfändung muß Ihre Frau unter Vorlegung der Rechnungen die gepfändeten Gegenstände reklamieren.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

London, 22. Januar. Die Arbeiter für Marinebauten hielten eine Versammlung ab, in der die die Vorschläge der Arbeitgeber auf Lohnherabsetzung zurückgewiesen wurden. Eine Anzahl Arbeiter stellte schon gestern die Arbeit ein, weitere 7000 werden heute folgen.

Paris, 22. Januar. Nach Meldungen aus Fez hat dort ein Judenmassacres durch marokkanische Stämme aus der Umgebung der Hauptstadt stattgefunden. Das jüdische Viertel wurde eingeäschert; darnach zogen sich die Marokkaner zurück und nahmen viele Frauen und Kinder als Gefangene mit.

München-Gladbach, 22. Januar. Hier fand eine stark besuchte Arbeitslosen-Versammlung statt, in der die Inanspruchnahme von Notstandsarbeiten verlangt wurde. Besonders wurde darüber Klage geführt, daß die Eisenbahn so viele Ausländer beschäftige.

Letzte Nachrichten.

Ueber das Blutbad unter den Berliner Arbeitslosen berichtet der Vorwärts?

Zu furchtbaren Attacken auf friedlich dahinziehende Personen ist es gestern nachmittag gegen 3 und 4 Uhr zwischen der Marschall- und Kronprinzen-Brücke gekommen. In der belebten Friedrichstraße hatte sich lange nach Schluß der Versammlung eine Anzahl Personen zusammengefunden, die zwanglos dahingingen. Aus einem Hause der Friedrichstraße erschienen mit einem Male etwa 25 Schutzleute, die die Dahinziehenden durch die Karlstraße und die Luisenstraße über die Marschall-Brücke das rechte Ufer des Schiffbauerdamms hinuntertrieben. Von der Kronprinzenbrücke kam indes den Dahinziehenden bereits ein Trupp Polizeimannschaft entgegen, so daß dieselben nun vollständig eingekeilt waren. Hier wurde nun furchtbar auf die Menge eingehauen, so daß sich in kurzer Zeit an einzelnen Stellen wahre Blutlachen bildeten. Am Neubau des Operetten-Theaters staute sich die Menge und konnte weder vorwärts noch rückwärts. Eine Anzahl suchte auf dem Neubau Zuflucht, doch die Polizei verfolgte die Flüchtlinge und hieb rücksichtslos auf sie ein. Ja, ein etwa 20 Mann starkes Kommando Schutzmannschaft drang unter Führung eines Polizeileutnants in den Neubau ein und hieb mit blanker Waffe über die an der Affäre völlig unbeteiligten dort arbeitenden Stukkateure, Rohrleger und andere Arbeiter her, sie auffordernd, den Bau zu verlassen. Einige von den Leuten hatten Verletzungen erhalten, die ihnen mittels Polizeisäbel beigebracht worden waren.

Auch Leute, die sich in andere Häuser flüchteten, wurden herausgeholt und furchtbar geschlagen.

Just zu derselben Zeit, als die Polizei gerade bei der „Arbeit" war, fiel mit einem Male ein Schuß — das offiziöse Depeschenbureau spricht von der Explosion eines Feuerwerkskörpers —, worauf die Polizei um so wütender einhieb! Eine Anzahl der mit dem Polizeisäbel Bearbeiteten wurden furchtbar zugerichtet. Ein Passant erhielt am Kopfe so schwere Verletzungen, daß das Gehirn bloß lag. Aus Angst, sistiert zu werden, eilte er davon, bis er am Lessingtheater ohnmächtig zusammenbrach. Vorübergehende nahmen sich des Unglücklichen an und brachten ihn ins Krankenhaus, woselbst der Arzt den Zustand als bedenklich erklärte.

Ein anderer Zeuge berichtet, daß ein junger Mensch, der einen Schutzmann anflehte, ihn doch gehen zu lassen, mit dem Säbel bearbeitet wurde. Schätzungsweise wird die Zahl der Verletzten auf dreißig bis vierzig angegeben. Dem einen der Bauarbeiter wurde der Arm durch Bluse und Hemd hindurch blutig geschlagen. Auf einen Hof hatten sich vor dem Wüten der Polizei etwa fünf Leute geflüchtet; die doppelte Zahl von Schutzleuten stürmte den Hof und trieb sie mit Säbelhieben hinaus. Dieser Angriff war um so widersinniger, als niemand der Aufforderung, sich zu entfernen, Widerstand leistete.

Polizeiattacke im Hause der Metallarbeiter.

Im Verbandshause der Metallarbeiter, in der Charitteestr. 3, haben sich gestern Ereignisse abgespielt, die man im friedlichen Berlin für unmöglich halten sollte. Polizeibeamte, oder wenigstens Personen, die man ihren Uniformen nach dafür halten mußte, sind in das Haus eingedrungen und haben Menschen, die dort auf Eröffnung des Bureaus warteten oder sonst zu tun hatten, attackiert und mißhandelt. Vom Karlsplatz her kam der Trupp Uniformierte mit blanker Waffe angestürmt. Ein Berittener kam mit seinem Pferde durchs Tor auf den Hof und hielt dort Wacht. Die anderen sechs oder acht Mann stürmten mit einem Leutnant voran, die Treppen hinauf, immer mit gezogenem Säbel. Der erste, den sie niederschlugen, war ein junger, aber erst zugereifter Metallarbeiter aus Posen, der gekommen war, um sich beim Verband anzumelden. Der Verbandsbeamte, Genosse Blumenthal, machte dem Leutnant Vorhaltungen. „Wie können Sie den Mann so schlagen! Er hat ja nicht das geringste verbrochen!"

„Wenn Sie nicht ruhig sind, kriegen Sie auch noch Ihre Senge," war die Antwort. Blumenthal gab jedoch den Versuch nicht auf, dem Polizeileutnant die Situation klar zu machen. Da wurde er plötzlich an der Gurgel gepackt, hingeworfen, geschlagen und schließlich zur Wache gebracht. Ein zweiter Verbandsbeamter, Genosse Bücke, der gesehen, wie sein Kollege mißhandelt wurde, versuchte nun seinerseits den Leutnant von der Torheit des polizeilichen Vorgehens zu überzeugen. Da zuckte der Leutnant den Degen auf ihn, zwei Schutzleute taten desgleichen, und man hätte ihn vielleicht niedergestochen, wenn er sich nicht ins Arbeitsnachweisbureau geflüchtet hätte. Die eiserne Tür, die sie schleunigst schlossen, schützte die Beamten und Arbeitslosen des Verbandes vor weiteren Angriffen!

Gegen abend sah es im Arbeitsnachweisbureau aus wie in einem Lazarett. Wier junge Leute mit verbundenem Kopfe, andere mit anderen Verwundungen saßen da herum und erhielten Kaffe und Butterbrot zu ihrer Stärkung. — Ei! seien in der Charitee verbunden worden, sagte man, die teils auf der Straße verwundet worden waren.

Dortmund, 22. Januar. Wie der Bergknappe, das Organ des christlichen Gewerbevereins, mitteilt, hat der Bochumer Verein eine zehnprozentige Lohnherabsetzung angekündigt, gleichzeitig seien auch auf den Zechen des Bochumer Reviers die Schichtlöhne um 40 Pf. ermäßigt worden.

Büchermarkt.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 2 des 18. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Vorwärts! — Gegen die Ausnahmewirtschaft. L. Von Gustav Hoch. — Die Frauen und die Wahlrechtsdemonstrationen. — Her mit dem Fortbildungsunterricht für Dienstmädchen. Von Luise Zietz. — Eine deutsche Republikanerin. Von Wilhelm Blos. — Um das Frauenwahl-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080123-14/fragment/page=0007

[illegible] Monat. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Münchens. — Ein bedeutsamer Fortschritt der Bewegung in Essen. — Neujahrsgruß des Genossen Lesner-London. — Politische Rundschau. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. — Notizenteil.

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg.

Vom Wahren Jakob ist uns soeben die 2. Nummer des 25. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Seifenblasen" und „Der Ochse im Porzellanladen", sowie die weiteren Illustrationen „Harden-Isenbiel", „Der Tanz auf der Bombe", „Ein Zufriedener", „Eine Erklärung des Zaren", „Was der kleine Schorschi mit seinem Malkasten anfing" und „Zur Flottenvermehrung". Der textliche Teil enthält Gedichte und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „v. Below-Pleitenburg an v. Arnim-Schnodderheim", „Sterben", Skizze aus dem russischen Freiheitskampf, von Paul Enderling, und „Der Wasserkopf" (illustriert). Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 16. Heft des 26. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der rollende Stein. — Die Haager Konferenz. Von M. Pawlowitsch. — Die Aenderung des Börsengesetzes. Von Eduard Bernstein. — Die Buchdruckereien und ihre Bekämpfung. Von Ph. Scheidemann (Kassel). — Die gewerkschaftliche Aktion im Jahre 1906. Von Wilhelm Janson. — Die Verteilung der Vermögen in England. Von K. — Literarische Rundschau. — Zeitschriftenschau.

Das Ergänzungsheft Nr. 1, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Nationalität und Internationalität. Von Karl Kautsky.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Versammlungs-Anzeiger.

In vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben:

Halle: Gasarbeiter, Freitag, 24. Januar.
„ Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Freitag, 24. Januar.
Teutschental: Oeffentl. Frauenversammlung, Sonntag, 26. Januar.
Röblingen: Oeffentl. Frauen-Versammlung, Sonntag, 26. Januar.
Zeitz: Großer Vortrag über Medizin oder Naturheilkunde, Donnerstag, 23. Januar.
Wittenberg: Gewerkschaftskartell, Freitag, 24. Januar.
Lauchstädt, Weißenfels: Oeff. Frauenversammlungen, Donnerstag, 23. Januar.
Zeitz, Steckelberg: Oeffentl. Frauen-Versammlungen, Freitag, 24. Januar.
Kretzschau, Döbris: Oeffentl. Frauenversammlungen, Sonnabend, 25. Januar.
Bitterfeld: Große öffentl. Versammlung, Sonnabend, 25. Januar.

Quittung.

Halle. Von Kupferschmieden für den Volkspark erhalten 5.— Mark. Reiwand.

Aue. Zur Gründung eines eigenen Parteiblattes gingen folgende Gelder ein: Auf Liste Nr. 626 22.70, 627 8.20, 628 6.25, 629 3.25, 630 7.35, 631 1.—, 632 6.35, 633 steht noch aus, 634 9.85, 635 5.20, 636 3.55, 637 steht noch aus, 638 7.—, 639 4.40, 640 9.70, 646 1.—, 650 20.95, im Kasino gesammelt durch Stolze 1.40 Mark. Naumann.

Mansfelder Kreise. Für Parteizwecke gingen ein: Auf gute Hoffnung Unterröblingen durch Behrend 2.35, Silvesterrunde im Bürgergarten 0.70, Ungenannt in Erdeborn 0.50 Mk. Für Kalender: Von reichstreuen Bergleuten aus Unterrißdorf [illegible] Mark. Joh. Stelzer.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle

Maurer, Zimmerer u. Bauhilfsarb.

Freitag, den 24. Januar abends 1/2 6 Uhr im Saale des „Weissen Ross",

öffentl. Versammlung.

Tagesordnung:

„Die Einigungsfrage der Zimmererorganisationen und die Stellungnahme der hiesigen Bauarbeiterschaft hierzu."

Wir ersuchen die beteiligten Berufe, **zahlreich** zu erscheinen.

Das Gewerkschafts-Kartell.

Zeitz. Zeitz.

Donnerstag d. 23. Januar abds. 8 Uhr in der Zentralhalle

Gr. Vortrag über: „Medizin oder Naturheilkunde".

Vortragender: Herr **O. Wagner aus St. Gallen** (Schweiz).

Der Vorstand.

Gewerkschafts-Kartell Wittenberg.

Freitag, den 24. Jan. 1908 bei Th. Otto, Töpferstrasse 1

Sitzung.

Die alten und neuen Delegierten sind hierzu eingeladen.

Anfang Punkt 1/2 9 Uhr.

Rest. „Neu-Trotha".

Sonntag den 26. Januar

Gr. öffentl. Maskenball.

Die 6 schönsten Masken bekommen Preise.

Hierzu ladet freundlichst ein

Richard Hagemann u. Frau.

Wählitz. Wählitz.

Sonntag den 26. Januar

Pfannkuchen-Schmaus,

verbunden mit

Maskenball.

Die besten Masken werden prämiiert.

Gleichzeitig werden **Gruppen** aufgef.

Es ladet von nah und fern fröl. ein

Karl Schurz, Gastwirt.

Söffner's Masken-Verleih-Institut

nur **Bölbergasse 3, II.**

empfiehlt seine

reichhalt. Auswahl von Maskenkostümen

bei billigster Preisstellung. — Erstklassige Preismasken.

E. Klar's

Masken-Verleih-Anstalt

empfiehlt **neue, flotte**

Herren- und Damen-Kostüme

zu billigsten Preisen.

Geiststr. 3 I.

Geschäfts-Anzeige.

Einem geehrten Publikum von Crostitz, Hohenleina u. Umg. zur gefl. Kenntnis, daß ich am 15. d. Mts. das Lager zum Verkauf von

Feuerungs- u. Baumaterial

des Herrn Eduard Richter in Hohenleina am Bahnhof Crostitz übernommen habe; es soll mein ernstes Bestreben sein, auf gute Ware bei mäßiger Preisstellung zu halten. Ich ersuche ein geehrtes Publikum, mich bei meinem Unternehmen, ebenso wie in meinem bisherigen Berufe gütigst unterstützen zu wollen.

Gleichzeitig mache ich aufmerksam, daß ich die

Fuhrwerkswage am Bahnhof Crostitz

pachtweise übernommen habe u. stelle diese zur gefl. Benutzung.

Hochachtungsvoll

Gustav Haage.

Die Neue Zeit.

Wochenschrift der deutsch. Sozialdemokratie.

Es sollte niemand versäumen, auf **Die Neue Zeit** zu abonnieren.

Vierteljahrs-Abonnement 3.25 Pf. Einzel-Nummer 25 Pf.

Bestellungen nehmen entgegen alle Austräger und die

Volks-Buchhandlung,

Harz 42/43.

Zeitz. Zeitz.

Hamburger Fischhalle.

Größtes Fisch-Spezialgeschäft am Platze.

Große Auswahl in frischen **Seefischen** zu billigsten Tagespreisen. **ff. Räucherwaren,** tägl. 3—4 mal frisch, direkt aus der Räucherei eintreffend.

Beste Bezugsquelle f. Händler

Für Betten

verbürgt nur gute Qualit.

Inlets, Federn, Matratzen-Satin-Drell, Bettzeuge: Damast u. kar. Bett-Tücher. Stepp- u. Schlaf-Decken.

C. Wilh. Schrader, Leipz.-Str. 17,

eine Treppe, kein Laden.

Gicht, Rheuma,

Nervenschmerzen, Hexenschuß, Anschwellung lindern selbst in veralteten Fällen in kurzer Zeit Einreibungen mit dem

echten Tiroler Latschenkieferöl: Pipumiol.

Allein-Depot: Hirsch-Apotheke.

Lumpen, Knochen, altes Eisen, Metall, Papierabfälle, Glasscherben und Gummi kauft stets zu höchsten Tagespreisen.

Wilhelm Tetzner, Beilngärten 24

Weisses Ross zu Kayna.

Zu meinem am **Sonnabend,** den **25. Januar** stattfindenden

Portionsschmaus mit Bull

ladet freundlichst ein

Bernhard Grosse.

Prösen. Biehla.

Donnerstag d. 23. Januar im Gasthof zur Kaiserkrone

Sonnabend den 25. Januar in Engelmanns Gasthof

Gr. kinomatographische Vorstellung verb. mit Konzert.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Großartig auserwähltes Familien-Programm.

1. Platz 40 Pfg., 2. Platz 30 Pfg., Kinder die Hälfte.

Um gütigen Zuspruch bitten **Chr. Richter, Engelmann,** Besitzer.

Dr. Thompson's Seifenpulver

bestes, im Gebrauch billigstes und bequemstes

Waschmittel der Welt

1/2 ℔ Paket **15** Pfg.

Paul & Max Drietchen

Zigarren • Zigaretten • Tabake

Wörmlitzerstr. 109. en gros en detail. **Merseburgerstr 48.**

Spezial-Geschäft

für

Ober- u. Unterleder-Ausschnitt

von

Ulrich Schader,

Weissenfels, Nicolaistr. 22.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel.

Moden-Zeitungen I. Quartal 1908.

Die elegante Mode	pro Quartal	1.75 M.
Große Modenzeitung	„	1.50 „
Die Modenwelt	„	1.25 „
Deutsche Modenzeitung	„	1.15 „
Dies Blatt gehört der Hausfrau	„	2.55 „
Häuslicher Ratgeber	„	1.95 „
Große Modenwelt	„	1.— „
Mode und Haus (mit Kolorat.)	„	1.25 „
Mode und Haus (ohne Kolorat.)	„	1.— „
Kindergarderobe	„	0.60 „
Wäschezeitung	„	0.60 „
Große Kindermodenwelt	„	0.60 „
Kleine Modenwelt	„	0.50 „
Frauen-Zeitung	„	2.10 „
Frauenfleiß	„	0.75 „
Zentralblatt für Moden	„	0.75 „
Pariser Moden	„	1.30 „
Wiener Moden	„	2.50 „
Wiener Chic	pro Quartal	6.00 u. 8.25 „
Blusen-Album	jährlich	12.00 „

und viele andere.

Bestellgeld 10 Pfg. pro Quartal

Neuhinzutretende Abonnenten erhalten die schon erschienenen Nummern nachgeliefert.

Neue Bestellungen nehmen zu jeder Zeit entgegen alle Austräger des Volksblattes und **Die Volksbuchhandlung.**

Flotte Tütenkleberinnen stellt sofort ein **Deutsche Papierwarenfabrik,** Kronprinzenstr. 4.

Jeden Donnerstag **Schlachtefest.** **F. Hanl,** 5. Vereinsst. 13. Tel. 1686.

Morg. Donnerstag **Schlachtefest** **Albert Dahler, Zeitz,** Parkstr.

Ein Barbierlehrling sucht zu Ostern **Max Scholl,** Holzweissig bei Bitterfeld.

Einen Lehrling für **Konditorei und Feinbäckerei** sucht zu Ostern unter günstigen Bedingung. **Paul Richter,** Bäckermeister. Schkeuditz, Halleschest. 32d

Lumpen, Knochen, Papier, Eisen Metalle, Gummi kauft **Albert Bodejun., Gr. Klausstr. 22.**

Anst. Schlafst. Böllbergerweg 191.

Für die Herren Gastwirte und Restaurateure

Karten

zu

Schlachte-, Familien- u. Bockbier-Festen

sind zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung.

Harz 42/43.

Unentbehrlich für jeden Gemeinde-Vertreter.

Verordnungen

betreffend das

Volksschulwesen des Reg.-Bezirkes Merseburg.

Aus amtl. Quellen zusammengestellt von **Poppe,** Ober-Regierungsrat.

Preis **3** Mk. — 450 Seiten stark.

Die Volksbuchhandlung.

Ich warne hiermit die Person mit den ehrlichen Holz- und Schlingenfingern, ihre freche Gemeinheit zu unterlassen, widrigenfalls ich sie gerichtlich belange.

M., Osendorf.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd. Steinweg 2, 21. Jan.

Aufgeboten: Krankenwärter Roßteutscher und Auguste Koch (Merseburgerstr. 59 und Pfännerhöhe 30). Fensterputzer Kauning und Rosa Schrader (Gabelsbergerstr. 24 und Bergstr. 4). Bergarbeiter Keil und Minna Blumentritt (Tornau u. Göhewitz).

Geboren: Hilfsmont. Franz Tochter (Taubenstr. 21). Kellner Ziegler T. (Barfüßerstr. 17). Polsichaffner Krebs T. (Kronprinzenstr. 2). Kellner Nagel S. (Krukenbergstr. 25). Postboten Benne S. (Jacobstr. 28). Postassistenten Wolf S. (Bernhardystraße 35). Dekorationsmaler Vogt T. (Wörmlitzerstr. 19). Lehr. Werner T. (Krauzenstr. 23).

Gestorben: Tischler Böhme, 60 J. (Landsbergerstraße 65). Kesselschmieds Mäder T., totgeb. (Pfännerhöhe 57). Kand. jur. Luse, 23 J. (Ludw. Wuchererstraße 71). Witwe Minna Ernst geb. Semerau, 66 J. (Maybachstraße 2). Witwe Luise Eisenhahn geb. Große, 70 J. (Spitze 16). Witwe Johanna Fehling geb. Zeigermann, 62 J. (Fleischerstraße 38).

Halle-Nord (Burgstr. 38) 21. Jan.

Aufgeboten: Revolverdreher Dewzau und Marie Krause (Lützenerstr. 3 und Gr. Gosenstraße 25).

Eheschließung: Arb. Kunitz u. Marie Döring geb. Prozell (Breitestr. 19 u. Ludw Wuchererstraße 45).

Geboren: Arbeiter Kremer S. (Trothaerstr. 17). Univers.-Professor Dr. phil. Saran S. (Gütchenstr. 13). Fabrikarbeiter Wilde S. (Trothaerstr. 76). Arbeiter Leimbach T. (Petersbergstraße 1).

Gestorben: Witwe Katharina Warneke geb. Caro, 49 J. (Viktor Scheffelstr. 6). Invalide Maschinist Wilsdorf, 77 Jahre (Georgstr. 13). Chauffeur-Aufseher a. D. Joerr Ehefrau Karoline geb. Reitzner, 69 J. (Wittekindstraße 36). Rechnungsrat Leunig, 68 J. (Viktor Scheffelstraße 4). Frühere Mühlenbes. Fischer, 74 J. (Dryandersstr. 20).

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080123-14/fragment/page=0008